eine handreichung des apabiz e.v. und der mbr | www.apabiz.de und www.mbr-berlin.de
ViSdP: apabiz e.v., c. schulze | lausitzerstr. 10, 10999 berlin | 030 . 611 62 49

Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen

➲ Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien

Kommunal handeln gegen antimuslimischen Rassismus

Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander eintreten!

vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) & der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Sind Organisationen, die antimuslimischen Rassismus propagieren, eine Gefahr für die politische Kultur Berlins? Mit populistischen Kampagnen versucht die extreme Rechte verstärkt, kommunal an Einfluss zu gewinnen. Gezielt werden dabei soziale und politische Probleme aufgegriffen und rassistisch besetzt; die »multikulturelle Gesellschaft« wird zum zentralen Feindbild stilisiert. Kampagnen gegen Moscheebau und Minarette werden benutzt, um einen kulturreligiös aufgeladenen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen. Um einem solchen rassistischen Populismus wirksam entgegentreten zu können, haben das apabiz und die MBR Berlin diese Handreichung erstellt, die Texte verschiedener AutorInnen zu unterschiedlichen Akteuren und Facetten des Feldes versammelt. Sie soll helfen, die aktuelle Dimension des antimuslimischen Rassismus in Berlin – sowohl auf kommunalpolitischer Ebene als auch in der täglichen Auseinandersetzung mit kulturrassistischen Kampagnen vor Ort – differenziert zu erfassen und damit die Grundlage für ein effektives gesellschaftliches Handeln gegen Rassismus zu schaffen.



Im Wahlkampf vertreten alle Rechtsaußenparteien einen antiislamischen Populismus, der mit rassistischen Parolen aufgeladen wird. »Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität!« lautete ein Slogan der NPD und auch die »Republikaner« bedienten sich in der Vergangenheit im Wahlkampf ähnlicher Parolen. Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2011 tritt unter dem Namen der »Bürgerbewegung Pro Berlin« erstmals ein regionaler Ableger dieser Pseudo-»Bürgerbewegung« in Erscheinung, welche Kampagnen gegen die »Islamisierung« in den Mittelpunkt ihrer Agitation gerückt hat. In vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens agitierte diese Rechtsaußengruppierung bereits gegen »den Islam« und gegen Moscheebauten und versuchte, lokale Debatten und Konflikte im interkulturellen Zusammenleben für eigene Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren. Solche Kampagnen sind für diese Gruppen ein öffentlichkeitswirksamer Versuch, antimuslimischen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen. Denn in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Minarette und Moscheebauten werden zugleich die Konfliktfelder unserer Einwanderungsgesellschaft sichtbar. Mit der neuen Partei »Die Freiheit« tritt eine zweite Gruppierung zur Wahl an, die sich ebenfalls vor allem gegen eine angebliche »schleichende Islamisierung« Berlins wendet und sich als Verteidigerin der Menschenrechte aufspielt. Probleme wie religiöser Fundamentalismus, Verletzung von Menschenrechten und so genannte »Integrationsdefizite« sind real. Doch können diese Konflikte nicht pauschal MigrantInnen angelastet werden, sondern müssen als gemeinsame Herausforderung begriffen werden. Die Rechtsaußenparteien hingegen verknüpfen die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggerieren eine Gefahr durch eine vermeintlich »fremde Kultur«: Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung lautet dabei die rassistische Gleichsetzung.

Es wird maßgeblich sein, mit welcher Entschlossenheit sich Demokratinnen und Demokraten der rassistischen Stimmungsmache entgegenstellen. Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft müssen unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders diskutiert werden. Und vor allem muss die Politik dieser »Anti-Berliner von rechts« klar benannt werden: als eine Kampfansage an eine Stadt, die von Einwanderung und der vielfältigen Beteiligung geprägt ist.

Inhaltsverzeichnis

Rechts-populär

Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Argumenten

von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

»Wenn wir jetzt aufgeben, dann kommen wir nirgendwo mehr rein.« Mit diesen Worten von Lars Seidensticker, Bundesgeschäftsführer und Berliner Landesvorsitzender von »Pro Deutschland«, endete im Juni 2011 der Versuch, eine Veranstaltung im Rathaus Kreuzberg abzuhalten. Der Versuch scheiterte, weil der Zugang zum Rathaus von mehreren hundert Menschen versperrt wurde, die durch ein breites Bündnis aus Politik, Initiativen des Bezirks und antifaschistischen Gruppen mobilisiert wurden. »Schon heute die Pogrome von Morgen verhindern« war auf einem der Transparente zu lesen. Die kleine Gruppe um den Bundesvorsitzenden Manfred Rouhs und Lars Seidensticker musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. Damit war gelungen, was bislang in Berlin nie gelingen wollte: Den Rechtspopulisten die Möglichkeit zu nehmen, bezirkliche Räume für ihre Inszenierung zu nutzen.

Auch »Die Freiheit«, die andere rechtspopulistische Partei, die derzeit in Berlin zur Wahl antritt, musste bereits die Erfahrung machen, dass ihnen Räume wieder abgesagt wurden, weil der zivilgesellschaftliche Druck zu groß war. Daher scheint sich diese Partei derzeit auf die Planung einer Großveranstaltung mit Geert Wilders in der heißen Phase des Wahlkampfes zu fokussieren. Damit versuchen sie an ihren bislang größten medialen Erfolg anzuknüpfen:

Anfang Oktober 2010 gab die Partei sogar noch vor ihrer offiziellen Gründung am 28. Oktober mit einer Rednerveranstaltung im »Hotel Berlin« ihren Einstand. Geladen war der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, gekommen waren über 500 Zuhörer/innen, die meisten von ihnen »weiße Männer, mittleren Alters« geprägt von »Verängstigung und Orientierungslosigkeit«[1]. Das Feld des Rechtspopulismus ist schnelllebig, denn gerade die emotionale Unmittelbarkeit der schnellen und bündigen Antworten auf Probleme, die derlei Parteien ausmacht, bringt es mit sich, dass es auch schnell vorbei sein kann, wenn sich die Erregung nicht in Politik umsetzen lässt. Dennoch bleibt das Phänomen des Rechtspopulismus Herausforderung und Prüfstein praktizierter Demokratie, mögen die entsprechenden Parteien auch wechseln, fusionieren, vergehen und wiederauferstehen. Konkret stellt sich im Hinblick auf die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2011 die Frage: Wie umgehen mit rechtspopulistischen Organisationen, Veranstaltungen und Argumentationsweisen?

Dabei unterstreicht der Überraschungserfolg der Schill-Partei 2001 oder der Einzug von »Pro Köln« in den Stadtrat 2004 *(vgl. Text auf Seite 16)* die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Strategien und Inhalten der rechtspopulistischen Parteien.

Treffend beschreiben

Das Startkapital der rechtspopulistischen Akteure ist nicht zuletzt die Handlungsunsicherheit auf Seiten der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese beginnt schon bei der Frage, mit wem man es eigentlich zu tun hat. Dabei äußert sich diese Überforderung durchaus verschieden. Auf der einen Seite werden Personen wie Geert Wilders oder Thilo Sarrazin als »unbequeme« Diskutanten der sogenannten Integrationsdebatte missverstanden. Der von ihnen propagierte Rassismus wird nicht als wesentlicher Kern sondern als schlecht getroffener Ton in einer notwendigen Debatte begriffen. Auf der anderen Seite werden rechtspopulistische Akteure oftmals mit einem ungenügenden Analyse- und Begriffsrepertoire versucht zu fassen, das am organisierten Rechtsextremismus gewonnen wurde – eine Stigmatisierung als »Neonazis« trifft das Problem nicht.

Es geht also darum, inhaltlich wie praktisch einen Modus der Kritik zu entwickeln, der weder verharmlosend wirkt noch die Unterschiede zwischen Parteien wie der NPD und den rechtspopulistischen Organisationen verwischt.

Parteien wie »Pro Deutschland« oder »Die Freiheit«, Politiker wie Manfred Rouhs oder René Stadtkewitz sprechen eine Klientel an, die zwischen dem Rechtsextremismus und dem etablierten Konservatismus steht. Damit erfüllen sie eine Brückenfunktion, die sowohl personeller wie inhaltlicher Natur ist.

Des Weiteren stellen diese Parteien in wesentlich stärkerem Maße einen Indikator verschiedener Krisen dar als dies beispielsweise die NPD tut. Die Krise der Repräsentation, deren Auswirkungen alle etablierten Parteien spüren, fällt zusammen mit den Maßnahmen der Krisenpolitik, die von eben jenen etablierten Parteien in Stellung gebracht wurden: das Aufbauen von Bedrohungen durch »den Islam«, die Verschärfung von Überwachung und Sicherheitspolitik und die zunehmende Verschärfung der Sozialpolitik. Die damit einhergehenden Ängste und Unsicherheiten greifen die Rechtspopulist/innen auf und versuchen, diese mit unmittelbaren und autoritären Forderungen zu binden.

Begreifen und kritisieren lässt sich diese Strömung nur, wenn diese Funktionen verstanden und auch begrifflich reflektiert werden, ohne dadurch den wesentlichen Rassismus zu verharmlosen oder die Auseinandersetzung durch die einfache Beschreibung als »Neonazis« zu verkürzen. Wird die Diskussion jedoch unter dem Begriff des Rechtsextremismus geführt, erschwert dies die notwendige Debatte um den gesellschaftlich wirkmächtigen Rassismus, der auch in der Mitte der Gesellschaft ein ernsthaftes Problem darstellt.

Eigene Begriffe setzen

Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung ist es außerdem wichtig, selbst die Begriffe zu bestimmen, mit denen über Rechtspopulismus diskutiert wird. Dies gilt konkret sowohl für die Themen des Rechtspopulismus als auch für die Organisationen:



Kundgebung von »Pro Köln« auf dem Roncalliplatz am Kölner Dom im August 2009. Foto: Jörn Neumann/version-foto.de

Zunächst ist es wichtig, nicht einfach die Selbstinszenierung als »Bürgerbewegung« zu übernehmen sondern immer wieder darauf hinzuweisen, dass man es bspw. bei »Pro Deutschland« mitnichten mit einer Bürgerbewegung zu tun hat sondern mit einer Partei. Sie entspricht genau jenen Bestimmungen, die sie vorgibt bei den »etablierten« Parteien anzuprangern: zentralistisch, bürokratisch und hierarchisch auf wenige Führungspersonen zugeschnitten.

Wie oben angedeutet, muss außerdem deutlich gemacht werden, dass der Einsatz von Parteien wie »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« für härtere Strafen und mehr Überwachung so wenig einen substanziellen Beitrag zur Sicherheit der Bürger/innen leistet, wie die rassistische Stigmatisierung dazu beiträgt, Integration – also die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant/innen – zu befördern.

Anstatt die Auseinandersetzung um diese Fragen als Reflex auf die von Rechtspopulist/innen geschürte Angst vor »Überfremdung« und vermeintlicher »ausländischer Kriminalität« zu führen, gilt es, eine konkrete und nachvollziehbare Perspektive einzunehmen, die an Menschenrechten und Solidarität orientiert ist. »Es muss darum gehen, rechtliche und politische Strukturen zu schaffen, die es Migrant/innen ermöglichen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten« heißt es in dem Aufruf »Demokratie statt Integration«, der von namhaften Politiker/innen und Forscher/innen unterzeichnet wurde.

Der Tatsache, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben, muss in den Repräsentanzverhältnissen in Medien, Politik, Kultur, Verwaltung und Zivilgesellschaft Rechnung getragen werden. Der Umdeutung sozialer Probleme in kulturelle Probleme kann also begegnet werden, indem ein modernes Kulturverständnis gefördert und gelebt wird, das eine Spaltung der Menschen in dieser Gesellschaft in »Fremde« und »Deutsche« nicht zulässt.

Auch für Politik und Verwaltung gilt, dass demokratische Haltung auch die Parteinahme für Minderheiten in konkreten Konflikten bedeutet. Die Erfahrungen aus Köln und Nordrhein-Westfalen aber auch aus Berlin zeigen, dass es für die erfolgreiche Inszenierung rechtspopulistischer Parteien meist eines lokalen Anlasses bedarf, an dem sich die nötige emotionale Erregung entfachen lässt. Dafür eignen sich Moscheebauvorhaben wie in Pankow-Heinersdorf 2006 ebenso wie Straßenumbenennungen oder die Errichtung eines Flüchtlingsheims.

Handeln

Ein wichtiges Signal ist zum Beispiel der im Juni 2011 erarbeitete »Berliner Konsens«. Darin erklären alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien: »Im Wahlkampf werden wir gemeinsam Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen und gegen die diskriminierenden Positionen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien Stellung beziehen.« Ebenfalls ermutigen sie die Bürgerinnen und Bürger, rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien im Alltag und an der Wahlurne eine Absage zu erteilen. Hierzu gehört auch die Ermutigung zu und Ermöglichung von zivilgesellschaftlichem Protest gegen rechtspopulistische Veranstaltungen. Die Haltung, die das Bezirksamt Kreuzberg, die Bezirksverordnetenversammlung und der Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz im Umgang mit »Pro Deutschland« gezeigt haben, ist hier beispielhaft.

Ebenfalls bemerkenswert an dieser Veranstaltung ist, dass mit dem Protest gegen Rechtspopulismus auch die Forderung nach kommunalem Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft verbunden wurde.

Gleichzeitig muss jedoch darauf geachtet werden, einen Umgang mit rechtspopulistischen Veranstaltungen zu finden, der die zivilgesellschaftlichen Ressourcen schont und an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientiert ist: Die von »Pro Deutschland« im Oktober 2010 gegen eine ohnehin abgesagte Veranstaltung in einer Neuköllner Moschee abgehaltene Mahnwache beispielsweise legte allein durch die spärliche Teilnahme von einzig sieben Demonstrant/innen ein besseres Zeugnis ab, als dies eine aufwändige zivilgesellschaftliche Mobilisierung vermocht hätte.

Ebenso können Hotels und Tagungshäuser im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Durchführung von rechtspopulistischen Parteiversammlungen untersagen oder die Unterbringung von Funktionär/innen verweigern, auch die Kölner Post, die sich weigerte 300.000 Postwurfsendungen von »Pro Köln« auszuliefern, kann hier als Vorbild demokratischer Haltung angeführt werden.

In lokalen Konflikten gilt es, den Betroffenen Unterstützung zu signalisieren und der Ethnisierung von Konflikten schnell und sachlich zu begegnen. Dass beispielweise Gewaltphänomene, insbesondere die Gewalt junger Männer, wenig mit der Herkunft der Eltern und Großeltern, viel jedoch mit sozialer Deklassierung und alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen zu tun haben, lässt sich ohne großen Aufwand verständlich machen. Soziale Verhältnisse als veränderbar darzustellen und den Menschen eine Teilhabe an dieser Veränderung zu ermöglichen sind die Maßgaben lokaler Politik, die der Gefahr ethnisierter Konflikte langfristig begegnen möchte.

Anerkennung der Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet auch die Anerkennung und Aufarbeitung der Migrationsgeschichte, wie dies zum Beispiel im Neuköllner »Denkmal der Migration« zum Ausdruck gebracht wird, welches gemeinsam von Ausbildungsprojekten, Migrant/innenselbstorganisationen, Jugendeinrichtungen und dem Migrationsbeirat entworfen wurde.

Daran angelehnt empfehlen sich auch bezirkliche Werkstattgespräche, in denen Bürger/innen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung Probleme adressieren und nach gemeinsamen Lösungsmodellen suchen. Hier könnte auch der so oft beschworenen »Politikverdrossenheit« begegnet werden: politische Prozesse müssen durch Teilhabe erfahrbar gemacht werden. Je besser gewappnet die Parteien in den Wahlkampf gehen, desto geringer sind die Einfallstore und Argumentationslücken für Rechtspopulisten. Der Umgang mit rechtspopulistischen Infoständen und den damit verbundenen Argumenten kann eingeübt, die Mitglieder der Parteien können vorbereitet werden *(Vgl. die Fortbildungsangebote im Anhang)*, ebenso können themenbezogene Informationsbroschüren rechtspopulistischen Initiativen den argumentativen Wind aus den Segeln nehmen.

Auch die Aufklärung über Geschichte und Vernetzung der rechtspopulistischen Parteien kann dazu beitragen, die Maskerade der lokal angebundenen und aufrichtig empörten »Bürgerbewegung« zu enttarnen *(Vgl. die Texte ab Seite 8ff)*.

So wichtig wie die eindeutige und öffentliche Positionierung gegen rechtspopulistische Veranstaltungen, Parteitage und Aktionen ist, so nötig ist das selbstbewusste Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft, Teilhabe und Solidarität, um auch langfristig gegen Rechtspopulismus und Rassismus wirken zu können. Denn auch nach der Wahl wird es Vorstöße geben, gesellschaftliche Debatten rassistisch zuzuspitzen. Dagegen ist nur gewappnet, wer Antirassismus zu den Grundlagen demokratischer Politik zählt und rassistischer Stimmungsmache auch im eigenen Bezirk, im eigenen Alltag und in der eigenen Partei eine klare Absage erteilt.



Im Mai 2009 demonstrierten in Köln rund 4000 Menschen gegen den so genannten »Anti-Islamisierungskongress« von »Pro Köln/Pro NRW«, darunter auch viele Gewerkschaftsmitglieder. Foto: Jörn Neumann/version-foto.de

Ein Beispiel, wie ein selbstbewusstes Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft und zu den Berliner/innen mit Migrationshintergrund aussehen könnte, lieferte ausgerechnet die Boulevardzeitung *BZ*: Diese wartete anlässlich des EM-Qualifikationsspieles zwischen Deutschland und der Türkei im Oktober 2010 mit einem überraschenden Titel auf: Zweigeteilt lautete die obere Hälfte der Titelseite: »Heute schießen wir den Halbmond voll«, während auf der unteren Seite der Titel prangte: »Heute rupfen wir den Adler«. In der Mitte war zu lesen: »Deutschland – Türkei. Der Sieger steht schon fest: Berlin«.

Mit diesem Titel ist mehr ausgedrückt als in vielen Willensbekundungen, die zu Toleranz aufrufen. Er drückt Anerkennung aus: Anerkennung einer Realität der Zuwanderung und Anerkennung der Erfahrungswelt von Berlinerinnen und Berlinern mit türkischem Migrationshintergrund. Rechtspopulismus und Rassismus werden solange eine immer wiederkehrende Bedrohung sein, wie diese Bedrohung nicht als das erkannt wird, was sie ist: Symptom einer Gesellschaft, in der Anerkennung und Teilhabe noch einen exklusiven Charakter haben. Gelebte Demokratie, der Mut zur Veränderung und die Solidarität mit den betroffenen Menschen sind die Voraussetzungen, diese Exklusivität zu überwinden.

1 S. Rennefanz, *Berliner Zeitung* v. 4.10.2010.

Antimuslimischer Kulturrassismus von Rechtsaußen

Die »PRO-Bewegung«

von Alexander Häusler (Fachhochschule Düsseldorf)

Mit einer Fokussierung auf einen kulturreligiös ummantelten Rassismus versuchen sich Teile der extremen Rechten an einer »Modernisierung« ihrer Propaganda. Die Sarrazin-Debatte hierzulande zeigt die politische Brisanz von muslimfeindlichem Populismus. Dabei droht das politisch inszenierte Schlagwort der »schleichenden Islamisierung« zum Einfallstor von Rechtsaußen in die politische Mitte zu werden. Die gesellschaftliche Sprengkraft eines solchen antimuslimischen Rassismus zeigte Ende des Jahres 2009 die Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz, die Vorbildcharakter für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hatte. Auch in Deutschland sind propagandistische Verschiebungen innerhalb der extremen Rechten zu konstatieren, die einhergehen mit einer Neuaufstellung der extrem rechten Parteienlandschaft. Während die NPD die DVU geschluckt hat und damit versucht, das traditionsorientierte neofaschistische Lager erneut parteiförmig zu einen, strebt die so genannte PRO-Bewegung mit ihrer anvisierten Vereinigung mit den »Republikanern« (REP) eine rechtspopulistische Modernisierung der extremen Rechten an. Dabei ist jedoch die Moslemfeindlichkeit als Chiffre für einen mehrheitsfähigen Rassismus das einigende Banner. Die PRO-Bewegung will als neue Rechtsaußengruppierung mit rassistischen Kulturkampfparolen ihren Wirkungskreis von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit ausdehnen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 wird PRO zur Wahl antreten.

Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer populistischen Hülle: Forderungen nach Volksentscheiden dienen dabei dem offenkundigen Bestreben der Instrumentalisierung von Mitbestimmung als Vehikel zur Kampfansage an den interkulturellen Frieden.

Merkmale

Folgende Merkmale sind es, die diese Gruppierung von der herkömmlichen extrem rechten Parteienlandschaft unterscheiden:

1. ihre Maskerade als lokale bzw. regionale »Bürgerbewegung«

Mit dem geschickt gewählten Label PRO versucht diese Rechtsaußengruppierung, unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung«, die sich scheinbar für kommunale Belange einsetzt, in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang zu gehen. Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Demokratiefeindlichkeit inszeniert als bürgerschaftliches Engagement.

2. ihre rechtspopulistische Verzerrung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten

Durch populistische Forderungen nach »Volksentscheiden« gegen Minarette oder Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauvorhaben wird versucht, rassistisch motivierte Kampagnen in eine demokratische Hülle zu verpacken. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke



dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet ist.

3. ihre Fokussierung auf Kulturrassismus in Form von Anti-Islam-Kampagnen

Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber »dem Islam« steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. »Unterschriftensammlungen« gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert. Die klassische »Ausländer-raus«-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die »Islamisierung unserer Gesellschaft«. Damit einher geht die Forderung zum Austausch der Feindbilder: So interpretieren etwa der PRO-Mäzen Patrik Brinkmann und sein Redenschreiber Andreas Molau »nicht die Juden, sondern die Muslime« als das »Kernproblem«. »Die deutsche Rechte muss sich von ihrer Vergangenheit emanzipieren«, so die Erläuterung Brinkmanns zum Wandel der Feindbilder. Die Zuwanderung wird dabei pauschalisierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen: Rassismus als religiös verschleierter Kulturkampf.

4. ihr Versuch zur Besetzung eines neuen politischen Ortes

Obwohl die PRO-Bewegung aggressiv mit ihren Konkurrenten um die Stammwählerschaft der extrem rechten Parteienlandschaft ringt, versucht sie zugleich, politisch zusätzlich einen neuen Ort zu besetzen: den politischen Platz zwischen der extremen und der konservativen Rechten. Dabei orientiert sich diese Bewegung an den bereits erfolgreich modernisierten Rechtsaußenparteien in Europa wie etwa dem Vlaams Belang in Belgien oder der FPÖ in Österreich, zu denen sie seit etlichen Jahren intensive Kontakte pflegt. Rechtspopulistische Erfolge wie in den Niederlanden durch die Partei von Geert Wilders oder die Anti-Minarett-Kampagne der schweizerischen SVP dienen dabei als Vorbild für die PRO-Bewegung, die sich bemüht, in die Fußstapfen eines europäisch »modernisierten« Kampagnenstils von Rechtsaußen zu treten und damit in das Zentrum des politischen Geschehens einzudringen: von Rechts zur Mitte.

5. ihre öffentlichkeitsorientierte Eskalationsstrategie

Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese »Bewegung« einer ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie: Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als »Opfer« von »Meinungsdiktatur«, »Political Correctness« und »linkem Gesinnungsterror« zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches »Drehen an der populistischen Schraube« ist Ausdruck einer populistischen Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip rassistische »Vorlage« – antirassistische »Reaktion« – rassistische »Antwort« durch Inszenierung als »Opfer« – Ausweitung der Konfliktebene im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter.

Quo vadis?

Derartige Entwicklungen erfordern Neuorientierungen im Umgang mit dem Kulturrassismus von Rechtsaußen: Das im parteipolitischen Geplänkel jüngst wieder hervorgehobene »Extremismus-Konstrukt«, das den rechten mit dem linken Rand gleichzusetzen bestrebt ist und proklamiert, die »wehrhafte Demokratie« gegen die »extremistischen Ränder« zu verteidigen, verfehlt in seinem ideologisch motivierten Impetus vollends die realen Entwicklungen. Denn gerade der kampagnenorientierte Kulturrassismus zielt – siehe die Sarrazin-Debatte – auf die »politische Mitte«, indem er mehrheitsfähige rassistische Diskurse zur eigenen Neuverortung benutzt.

Nicht die »extremen Ränder« sondern die demokratischen Defizite im Zentrum des Politischen sind dabei die Sollbruchstellen für einen Rechtsruck. Religiös verklausulierter Kulturrassismus, nationalistischer Anti-EU-Protest und Anti-Establishment-Gehabe von Rechtsaußen entfalten deshalb Wirkungsmächtigkeit, weil sie reale Probleme aufgreifen und mit simplen Feindbild-Projektionen politisch besetzen: Sie sind damit zugleich ein Symptom für die Krise der Demokratie. Ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt beispielhaft an Ländern wie Italien und den jüngsten Wahlerfolgen in den Niederlanden sowie in osteuropäischen Ländern, dass die größten Herausforderungen nicht im Kampf gegen den »extremistischen Rand« sondern in der schleichenden Transformation der Demokratie nach rechts liegen.

Die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland hat dies zum Teil erkannt. Sie versucht die rechtspopulistischen Erfolge in Europa national zu importieren, indem sie sich auf hegemoniale Diskurse bezieht und diese kampagnenartig zuspitzt: Nicht von ungefähr wird der CDU-Slogan von der »christlich-deutschen Leitkultur« in Anspruch genommen und in den neuen Leitspruch »Abendland in Christenhand« verwandelt. Pro Köln kündigte populistisch zur Hochzeit der Debatte um die diskriminierenden Thesen des Bundesbank-Vorstandmitglieds Thilo Sarrazin an, einen Antrag im Rat der Stadt Köln zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Sarrazin zu erstellen.

Hier liegen zugleich auch neue Herausforderungen für eine antifaschistische Arbeit: Der »Kampf gegen Rechts« kann sich nicht auf die moralische Verurteilung beschränken. Vielmehr muss der extremen Rechten das politische Terrain auf neuen Ebenen streitig gemacht werden. Dies beinhaltet die Verstärkung eigener Auseinandersetzungen mit Integrations- und Demokratiedefiziten mit dem Ziel neuer Verständigungen. Die Erfahrung zeigt, dass notwendiger antifaschistischer Protest auf der Straße gegen kulturalistischen Kampagnen-Rassismus nur ein Teil der Bemühungen sein kann. Er muss begleitet werden von inhaltlichen Auseinandersetzungen sowie der Bereitschaft zivilgesellschaftlicher Initiativen, sich neuen Fragestellungen und politischen Herausforderungen gegenüber zu öffnen, um unter emanzipatorischen Prämissen Umgangsformen und Handlungsmöglichkeiten mit vorhandenen Ängsten und Vorurteilen entwickeln zu können.

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler, Rechtsextremismusforscher und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf



Der Vorsitzende von »Pro Deutschland«, Manfred Rouhs, präsentiert im Berliner Wahlkampfbüro neue Flugblätter. Foto: M. Zellmann

Kostenloses Informationsmaterial zur Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung zum download:
www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtsextremismus_2010.pdf

Foto: Jörn Neumann/version-foto.de



Die politische Verortung der PRO-»Bewegung«

Pro Köln	gegründet 1996
Pro Deutschland (PRO D)	gegründet 2005
Pro NRW	gegründet 2007
Die Pro-Bewegung e.V.	gegründet 2010

Die PRO-»Bewegung« mit ihrer Ursprungsformation Pro Köln und ihren Exportmodellen Pro NRW und Pro Deutschland (PRO D) ist eine neue Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als »Bürgerbewegung« – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten. Erste Wahlerfolge erlangte PRO bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug als Fraktion in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und sich zudem in weiteren Kommunen ausbreiten. Zu den Landtagswahlen 2010 in NRW trat Pro NRW erstmals an und erreichte 1,4 Prozent der WählerInnenstimmen.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen werden Pro Köln und PRO D unter der Rubrik »Rechtsextremismus« aufgeführt. Das Verwaltungsgericht Hamburg hingegen verurteilte am 5. Februar 2008 die Hamburger Behörde für Inneres, »die Verbreitung des Hamburgischen Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2005 zu unterlassen, wenn nicht zuvor die Passagen über die Bürgerbewegung pro Deutschland entfernt oder unleserlich gemacht worden sind.« Die »Einstufung der Bürgerbewegung pro Deutschland im Verfassungsschutzbericht 2005 als ›rechtsextremistisch‹« sei »rechtswidrig« gewesen. Dies führt in der Alltagsbetrachtung zu einem höchst widersinnigen Tatbestand: Während PRO Köln /PRO NRW seitens des Verfassungsschutzes unter der Rubrik »Rechtsextremismus« aufgeführt wird, ist diese Bezeichnung für die Gruppierungen PRO Deutschland noch nicht juristisch belegt. Diese Widersinnigkeit rührt daher, dass PRO D und Pro NRW nach formalen Kriterien bislang als eigenständige Gruppierungen definiert werden, obwohl in der Praxis eine Steuerung durch den Kreis der Macher von Pro Köln augenscheinlich ist. Man muss sich jedoch nicht die Extremismus-Definition der Verfassungsschutzämter zueigen machen, um die Pro-»Bewegung« dem Lager der extremen Rechten zuordnen zu können. Pro Köln wurde zunächst als Verein und als politische Operationsbasis von Aktivisten der extrem rechten Gruppierung »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) gegründet. Deren Initiatoren – Markus Beisicht und Manfred Rouhs – waren vorher bei den »Republikanern« und der DLVH aktiv. Rouhs, Vorsitzender von PRO D, war zudem noch Aktivist in der NPD. Schon mit der DLVH versuchten die beiden Rechtsaußen-Aktivisten, eine »neue Sammlungsbewegung« des extrem rechten Lagers zu erreichen – ein Traum, der nun wohl mit der Pro-»Bewegung« in Erfüllung gehen soll. Daher ringt die Pro-»Bewegung« mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere WählerInnenschichten. Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegen Muslime mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen. Der Begriff des Rechtspopulismus wird dabei affirmativ benutzt, um sich vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien. *Alexander Häusler*

Die Gründung der »Bürgerbewegung Pro Deutschland«

Am 20. Januar 2005 gründeten Mitglieder der »Bürgerbewegung Pro Köln e.V.« gemeinsam mit »ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen«[1] die »Bürgerbewegung Pro Deutschland« um »demokratischen Patrioten überall in Deutschland« die Möglichkeit zu geben, in ihren Regionen aktiv zu werden. Seit Gründung steht der im nordrhein-westfälischen Krefeld geborene Manfred Rouhs der Vereinigung vor. »Pro Deutschland« hat es sich zur Aufgabe gemacht, »eine große Zahl von Menschen in einem bestimmten Wahlgebiet dauerhaft an pro Deutschland zu binden«.[2] Zur Umsetzung wurde ein Konzept erarbeitet, das in drei Schritte unterteilt ist: »Handlungsfähigkeit herstellen«, »Menschen binden« und »Wahlantritt«.

Unter dem Punkt »Handlungsfähigkeit herstellen« versteht die selbst ernannte Bürgerbewegung die Gründung von Kreisverbänden, für die sie ihren SympathisantInnen eine Art Leitfaden zur Verfügung stellt. Neben rechtlichen Hinweisen über die Mindestanzahl an Personen und Anweisungen zur Öffentlichkeitsarbeit geht es vor allem um die Einbindung von »seriösen patriotischen Kräfte(n)«.

Ein weiterer Teil der Basisarbeit, Menschen zu »binden«, sei die »ständige Kernarbeit der Bürgerbewegung«. Hierfür empfiehlt »Pro Deutschland«, sich Themen zu suchen und nicht zu warten bis sich ein »Thema aufdrängt«. Besonders die Bereiche »Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit« sollen angesprochen und hierzu regelmäßig »aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen.«

Besonderer Wert wird auf den »Wahlantritt« gelegt, zu dem die »Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise« zählt, denn: »Die ›Marke‹ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage!« Wie der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs auf einer Veranstaltung im Oktober 2010 bekannt gab, verfügt der rechtspopulistische Dachverband nach fünf Jahren über rund 13.500 Unterstützerinnen und Unterstützer im gesamten Bundesgebiet.

Maik Baumgärtner

---

1 http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 26.10.2010)

2 Diese und folgende Zitate siehe http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (aufgerufen am 26.10.2010)

»Die Freiheit«

Eine neue Rechtsaußen-Partei nach europäischem Vorbild?

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

Seit Anfang September 2010 stand fest, dass mit der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit« neben der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« eine weitere Gruppierung den Antritt zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2011 plant. Initiator, Motor und Vorsitzender ist das ehemalige CDU-Mitglied René Stadtkewitz.

»Hohe Prioiät haben für DIE FREIHEIT die Themen Zuwanderung und Integration« heißt es unverdächtig in der ersten Pressemitteilung der Neugründung »Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie« (kurz: »Die Freiheit«) vom 10. September 2010. Drei Tage zuvor hatten 27 von 34 CDU-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus für den Ausschluss von René Stadtkewitz aus der christdemokratischen Fraktion gestimmt, da dieser sich weigerte, eine Einladung an den umstrittenen niederländischen Rechtspopulisten und Islamfeind Geert Wilders zurückzuziehen. Bereits 2009 war Stadtkewitz aus der CDU ausgetreten und gehörte seitdem der Fraktion als Parteiloser an.

René Stadtkewitz, Marc Doll und Stefan »Aaron« Koenig erklärten Anfang September 2010 vor mehreren Dutzend Pressevertreter_innen, dass mit dieser Pressekonferenz der Startschuss für die Gründung einer neuen Partei gefallen sei. Man wolle keine »Politik, die ein ganzes Volk bevormundet« und sei »offen für jeden Demokraten«, so Stadtkewitz. Die Frage nach konkreten Zielen und Forderungen – jenseits der Schlagworte Zuwanderung, Sicherheit, Islam und Muslime – konnte keiner der Verantwortlichen an diesem Tag beantworteten. Einig war man sich, im Jahr 2011 zu den Wahlen anzutreten und mindestens die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu wollen. Alle drei Parteigründer waren permanent bemüht, sich von »Extremisten von rechts wie von links«, »Ausländerfeinden« und den »Pro-Parteien« zu distanzieren. Thematisch schlugen sie jedoch schon auf der Pressekonferenz in dieselbe Kerbe wie die meisten Gruppen, von denen sie sich distanzierten. Kriminelle Migrant_innen wolle man ausweisen, »wachsende Parallelgesellschaften« zurückdrängen und Straftäter_innen im Allgemeinen härter bestrafen.

Gründung mit extrem rechtem Grundsatzprogramm

Schon die Betonung des Gründungsortes der neuen Partei »in der Nähe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße in Berlin-Tiergarten« verdeutlicht den historischen Kontext, in dem sich René Stadtkewitz und seine Mitstreiter_innen sehen wollen. Zur konstituierenden Versammlung am 28. Oktober 2010 seien nach Angaben der Partei rund 50 Gründungsmitglieder anwesend gewesen. Diese verabschiedeten auch das »Grundsatzprogramm als Version 1.0«, welches zu großen Teilen Versatzstücke ethnopluralistischer und rassistischer Ideologeme enthielt. Neben der Wahl eines fünfköpfigen Bundesvorstandes, bestehend aus Stadtkewitz (Bundes vorsitzender), Marc Doll (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Karl Schmitt (stellvertretender Vorsitzender), Yorck-Alexander Mayer



(Schatzmeister) und Felix Strüning (Schriftführer), wurde die Bildung eines Landesverbandes Berlin beschlossen. Bevor die Partei bundesweit antritt, will sie bei den Berliner Wahlen 2011 erst einmal die Feuerprobe bestehen.

Im Gegensatz zur »Bürgerbewegung Pro Deutschland«, die auf ein enges Themenfeld setzt und ihren potentiellen Wähler_innen ein knapp gehaltenes Grundsatzprogramm präsentiert, versucht »Die Freiheit« sich zu allen gesellschaftlich relevanten Themen zu positionieren.

Doch schon wenige Tage nach Veröffentlichung des Vorworts zum Grundsatzprogramms, welches von einer »Programmredaktion« unter Leitung von Marc Doll überarbeitet worden sein soll, musste sich die Partei von ihren eigenen Formulierungen distanzieren. Wurde im Vorwort ursprünglich vor einer »Politik der künstlichen Gleichmacherei, die Homosexualität als sozial und moralisch gleichwertig akzeptiert, und diese Lebensform (die selbstverständlich zu tolerieren ist) nicht als Ausnahme von der Regel versteht« gewarnt, erklärte man auf der offiziellen Facebookseite der Partei plötzlich: »Wir werden den Homosexuellen Satz streichen. Keine Ahnung wie so was darin überhaupt stehen bleiben konnte«.

Am 1. November veröffentlichte der Bundesvorstand eine Erklärung, in der es heißt: »Wir sind auch keine ›schwulenfeindliche‹ Partei. Im Gegenteil: Wir verteidigen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und stehen für eine freie und selbstbestimmte Partnerwahl, die auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausdrücklich mit einbezieht. Wir wollen niemanden schlechter stellen, wollen aber den Benachteiligungen, die Familien mit Kindern im Alltag ausgesetzt sind, entgegentreten und insbesondere ihren gesellschaftliche Beitrag würdigen« (Fehler im Original).

Im Zuge dieser Erklärung wurde das gesamte Vorwort gelöscht, in dem noch von einer »existenzbedrohende(n) Krise« der »abendlän-

dische[n] Zivilisation« die Rede war, von »Völkern« und nicht von »Bevölkerungen« gesprochen wurde sowie von Befürchtungen der »Menschen in Deutschland«, ihre »gewachsene gesellschaftliche, kulturelle und historische Identität zu verlieren«.

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus wurde in geschichtsrevisionistischer Art als »Schuldkult« diffamiert: »Was einst eine ehrenwerte selbstkritische Haltung gewesen sein mag, ist längst zu einem Schuldkult ausgeartet, der aus der NS-Vergangenheit ein autorassistisches Unwerturteil über das eigene Volk ableitet. Der ideologisch propagierte Selbsthass, mit dem die Meinungsmacher in Politik, Medien, Schulen und Universitäten unser Volk vergiften, bedeutet für das deutsche Volk Siechtum, ist Völkermord mit anderen Mitteln.«

Nicht nur auf dieser Ebene ist man ideologisch verdächtig nah an Positionen neonazistischer Kreise, die Forderung nach einem »Zuwanderungsstopp, mindestens bis zur Lösung der vorhandenn Integrationsprobleme« (Fehler im Original) könnte auch aus der Feder der NPD stammen.

Geert Wilders in Berlin und die Führungsclique der Partei

Für den 2. Oktober 2010 war der Besuch von Geert Wilders in Berlin angekündigt worden und die Organisator_innen spielten Katz und Maus mit den Medien. Da der Berliner Tagesspiegel den Namen des Veranstaltungsortes bereits einen Tag vorher veröffentlichte, wurde deren Berichterstatter als »Sicherheitsrisiko« ausgesperrt. Treffend formulierte ein Kommentar: »Aber wes Geistes Kind ist eine selbster-

Am 2. Oktober 2010 spricht der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders auf Einladung der Partei »Die Freiheit« in Berlin. Im Vorfeld war René Stadtkewitz aus der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ausgeschlossen worden.

Unten von links nach rechts: Marc Doll, Stefan »Aaron« König, Geert Wilders, René Stadtkewitz.



nannte Freiheits-Partei, die es nicht ertragen kann, dass über ihr Personal und ihre Aktivitäten frei informiert wird? Wir leben nun mal nicht in einem Polizeistaat, der so genannte Sicherheitserfordernisse vorschiebt, um Information und Meinungsbildung in die gewünschte Richtung zu lenken und unliebsame Medien auszuschalten.«

René Stadtkewitz hielt eine unspektakuläre, auf die Kritik an der CDU und den Islam zugeschnittene Rede. Nachdem er die Besucher_innen aus Österreich, Schweiz, Italien, den Niederlanden und ganz Deutschland willkommen hieß, freute er sich besonders, seine »Freunde der ›Bürgerbewegung Pax Europa‹« begrüßen zu dürfen. Lediglich durch Angriffe auf die CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel gelang es dem bisherigen »Hinterbänkler« (SPIEGEL Online), die rund 500 Anwesenden im Saal zu begeistern. Sonst ging es ihm nur noch um die Rechtfertigung der eigenen Ideologie: »Islamkritik kommt aus der Mitte der Gesellschaft« und »die Ideologie des Islam verhindert die Integration«. Eines stand nach diesem Tag fest: Stadtkewitz fehlt das Charisma eines Geert Wilders, der seinem deutschen Bündnispartner eine Öffentlichkeit beschert hat, die dieser so alleine nie erreicht hätte.

Bis zum Jahr 2006 war René Stadtkewitz ein medial unbeachteter Politiker der Berliner CDU. Ins Gespräch brachte er sich damals durch ein Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit und die Unterstützung von Protesten gegen einen Moscheebau in Pankow-Heinersdorf. »Von 1968 heißt es oft, das Jahr markiere die ›innere Demokratisierung‹ der Bundesrepublik. Für manche Bereiche – alles, was mit Fragen unseres Zusammenlebens zu tun hat, wie Einwanderung, Integration, Multikulti – war es eher der Startschuß einer gesellschaftlichen Entdemokratisierung«, erklärte er damals und legte damit die Grundzüge seiner antimuslimischen Politik dar.

Marc Doll war bis Anfang September 2010 im Vorstand eines Berliner CDU-Ortsverbands aktiv und firmierte dort als »Leiter für Innere Sicherheit«. Seinen Austritt aus der CDU begründete er mit dem »Sprach- und Denkverbot bezüglich des Islams«, das ihm seitens der CDU-Spitze »verordnet« worden sei. Dolls »Arbeitsergebnisse« hätten »unbequeme Fakten [ergeben], nämlich dass ein Großteil der Intensivtäter nicht einfach nur einen türkisch-arabischen Migrationshintergrund hat, sondern auch den Islam als verbindendes Glied. Es ist unbestreitbar, dass Anhänger dieser Religion häufiger gewalttätig sind als alle anderen Gruppen. Auch außerhalb der Inneren Sicherheit schneiden jene, die dieser Religion huldigen, schlechter ab – so z.B. in der Bildung oder der Inanspruchnahme von langjährigen Sozialleistungen.«

Der »Law-and-Order«-Politiker Doll gefällt sich in der Rolle des Aufklärers, der härtere Strafen für »marodierende Banden« fordert und der die Lösung in »eine(r) Politik der harten Hand« sucht, die »eine gute Antwort auf Integrationsprobleme, zunehmende Ghettoisierung und Islamisierung, dem Bildungsaus und der ausufernden Gewalt in der Hauptstadt« sei. Im Juni 2010 trat er unter anderem bei der extrem rechten und pflichtschlagenden »Berliner Burschenschaft der Märker« zum Thema »Islam und Meinungsfreiheit« auf.

Auch Stefan »Aaron« Koenig, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Piratenpartei, hat sich wie seine zwei Bündnispartner auf das Thema Integration und Islam eingeschossen. Nach seinem Austritt aus der Piratenpartei im Mai 2010 stellte er eine Internetseite unter dem Namen »Die Freiheit« online. Dort veröffentlichte er Forderungen wie: »Die Staatsbürgerschaft per Geburt (»Ius Solis«) wird abgeschafft. Man erhält die deutsche Staatsbürgerschaft entweder, wenn eines der Elternteile diese hat, oder durch ein klar geregeltes Aufnahmeverfahren. Aufenthaltsgenehmigungen für Nicht-EU-Bürger werden nur noch in Ausnahmefällen erteilt [...]«. Da Koenig »Parteien unsexy« findet, sieht er die neue Formation als »Freiheitsbewegung«, die »Volksentscheide auf Bundesebene« umsetzen und »mehr Demokratie« verwirklichen solle.

Die Netzwerke der europäischen anti-islamischen Aktivist_innen

Noch bevor die in Berlin beheimatete Partei »Die Freiheit« über eine Geschäftsstelle oder eine Telefonnummer in Berlin verfügte, tourten deren Bundesvorsitzender René Stadtkewitz und andere Mitglieder schon durch die Welt und besuchten einen extrem rechten Kongress nach dem anderen. Ende November 2010 nahm René Stadtkewitz auf Einladung der antimuslimischen »Dänischen Volkspartei« an einem Kongreß in Kopenhagen teil, bei dem mit Jimmie Akesson auch der Vorsitzende der rassistischen »Schwedendemokraten« (SD) als Redner auftrat.

Nur wenige Wochen später, vom 4. bis 10. Dezember, besuchte der Bundesvorsitzende gemeinsam mit seinem Stellvertreter Marc Doll eine »Anti-Islamismus-Konferenz« in Israel. Dort trafen sie nicht nur auf Eliezer Cohen, den bekannten Vertreter der ultranationalistischen Partei »Israel Beitenu« (»Israel – unser Zuhause«), der bereits auf Einladung von Stadtkewitz in Berlin aufgetreten war, sondern auch auf Heinz-Christian Strache von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), Filip Dewinter vom »Vlaams Belang« aus Belgien und Kent Ekeroth von den »Schwedendemokraten«. Vor Ort verabschiedeten die versammelten Rechtsaußen-Politiker_innen eine »Jerusalemer Erklärung«, die sich unter anderem gegen »den fundamentalistischen Islam« als »neue weltweite totalitäre Bedrohung« richtet.

Auffällig ist, wie viele der Bündnispartner der »Die Freiheit« sich wiederum mit der von Stadtkewitz als »Extremisten« geschmähten PRO-Bewegung einlassen. Während Marc Doll noch Anfang Dezember 2010 auf einer Veranstaltung von »Die Freiheit« in Düsseldorf etwaige Mitglieder der NPD und der »Pro«-Bewegung zum Verlassen des Saals aufforderte, trifft man sich auf dem internationalen Parkett einträchtig mit der Elite der europäischen Rechtsaußen-Parteien. Dass die FPÖ, der »Vlaams Belang« und auch die »Schwedendemokraten« seit Jahren ein freundschaftliches Verhältnis zur »Pro«-Bewegung pflegen und Filip Dewinter in den vergangenen Monaten seine Beziehungen zum in Berlin lebenden schwedischen Rechtsextremen Patrik Brinkmann vertiefte, dürfte auch den Funktionsträgern Stadtkewitz und Doll wohl bekannt sein.

Endgültig unglaubwürdig hat sich »Die Freiheit« durch die Teilnahme am Kongress »Gegen die Islamisierung unserer Länder« Mitte Dezember in Paris gemacht. Organisiert wurde die Veranstaltung maßgeblich vom »Bloc Identitaire«, der hierfür neben René Stadtkewitz auch Vertreterinnen und Vertreter extrem rechter Organisationen aus ganz Europa eingeladen hatte. Ursprünglich war auch der bekannte Schriftsteller und Holocaustüberlebende Ralph Giordano als Redner angekündigt, dieser distanzierte sich aber in einer Presseerklärung kurz vor der Veranstaltung und erklärte, auf »eine falsche Fährte gelockt« worden zu sein und sich nicht von Rassist_innen vereinnahmen zu lassen.

Generation Freiheit« – Die Jugendorganisation

Nicht nur das oben erwähnte Vorwort zum Grundsatzprogramm sondern auch die Jugendorganisation der selbst ernannten »Bürgerrechtspartei« sorgte gleich in den ersten Tagen nach der Gründung

für Wirbel und forderte erste personelle Konsequenzen. Anfangs waren Mia Herm, Ehssan Khazaeli und Dustin Stadtkewitz vom Bundesvorstand beauftragt worden, die »Generation Zukunft« – so der Name der Teilorganisation für Schüler_innen, Student_innen und Azubis, die später in »Generation Freiheit« umbenannt wurde – aufzubauen.

Schon nach kurzer Zeit erklärte Mia Herm, das »Angebot des Postens der Chef-Organisatorin für die Jugend der Partei« dankend abzulehnen und distanzierte sich öffentlich von der Partei »Die Freiheit«. Mia Herm, besser bekannt unter ihrem Künstlernamen »Dee-Ex«, versteht sich als »patriotische Rapperin«, als die sie von diversen Medien und Gruppen der äußersten Rechten hofiert wird. So gab sie bisher nicht nur der Wochenzeitung Junge Freiheit ein Interview, sondern stand auch dem Magazin Zuerst für eine »Homestory« zur Verfügung.

Stadtkewitz erklärte gegenüber dem Weblog »Politically Incorrect«: »Nach einem klärenden Gespräch haben wir gemeinsam festgestellt, dass DeeEx und die FREIHEIT in Bezug auf Israel unterschiedliche Positionen haben, die nicht miteinander vereinbar sind und man deshalb besser getrennte Wege geht. Für uns steht das Existenzrecht Israels nicht zur Debatte und wir betrachten Israel als unverzichtbaren Partner in der Auseinandersetzung mit dem Islam. Und deshalb steht es so in unserem einstimmig beschlossenen Programm.«

Doch auch ohne die Mitarbeit von Mia Herm hat Stadtkewitz bereits am Tag der Parteigründung gegen von ihm propagierte Grundsätze verstoßen. Bewerber_innen um eine Parteimitgliedschaft müssten erklären, dass sie nicht mit extremistischen Organisationen in Kontakt stünden oder dort Mitglied gewesen seien, hatte er Anfang September 2010 erklärt. Mit Ehssan Khazaeli haben er und seine Mitstreiter aber ein ehemaliges Mitglied der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« mit dem Aufbau der Parteijugend beauftragt. Khazaeli war nicht nur Mitglied der »Bürgerbewegung«, sondern auch für die Betreuung der Facebook-Seite von »Pro Berlin« verantwortlich.



René Stadtkewitz spricht auf einer Kundgebung der BPE am 3. Oktober 2010 mit Elisabeth Sabaditsch-Wolff. Die Österreicherin vertritt u.a. die BPE auf internationalen Treffen.

Wahlkampf

Im Mai 2011 verfügte die Partei nach eigenen Angaben über rund 300 Mitglieder in der Hauptstadt. In der gesamten Phase der Sammlung von Unterstützungsunterschriften war die Formation nicht so präsent in der Hauptstadt wie ihre antimuslimische Konkurrenz von der »Bürgerbewegung Pro Deutschland«. Zu den Wahlen tritt »Die Freiheit« mit einer eigenen Landesliste und in 11 von 12 Bezirken für die BVV-Wahlen an. Direktkandidat_innen stellt sie jedoch in lediglich 30 der 78 Wahlkreise. Für die Wahlen wurde ein sogenanntes »Berliner Programm« veröffentlicht, in dem die Partei sich politisch zu positionieren versucht. Kernthemen, gemessen am Umfang der Aussagen, scheinen die Punkte Integration, Innere Sicherheit, Wirtschaft, Arbeit, Soziales, sowie Schule und Bildung. Nicht nur die Kürzung von Sozialleistungen bei »Integrationsverweigerung« – ohne selbige zu definieren – sondern auch ein Speiseangebot in »Schulen und öffentlichen Einrichtungen ohne religiöse und ideologische Einflüsse« fordert die Partei. Die einseitige Fokussierung auf den Islam und Migrant_innen wird auch an anderen Stellen im »Berliner Programm« deutlich. So wolle sie zur Stärkung der Inneren Sicherheit, »Predigten in Berliner Moscheen systematisch auswerten lassen«.

Selten gelingt es der Partei durch ihr eigenes Personal oder inhaltliche Arbeit mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Zu einem politischen »Volksfest« Ende Juni erschienen nur wenige Pressevertreter_innen und etwas mehr als 100 Menschen, von denen ein Großteil aus anderen Bundesländern angereist war. Auch die von ihr organisierten Mini-Kundgebungen (»Euro/EU-kritische Montagsdemos«) erzeugten bisher nicht die für eine neue Partei nötige Erwähnung in der Presse. Wohl aus diesem Grund versucht »Die Freiheit« kurz vor den Wahlen wenigstens durch eine erneute Einladung von Geert Wilders nach Berlin medial zu profitieren.

Fazit

Schon kurz nach Gründung wurde offensichtlich, dass »Die Freiheit« versuchte, nicht in das Fahrwasser der Ein-Themen-Parteien am extrem rechten Rand zu geraten. Das umfangreiche Grundsatzprogramm und die offensive Distanzierung nach rechtsaußen sind Belege dafür. Gleichwohl bedient die Partei bisher hauptsächlich zwei Themen: Islam und Integration. Dabei misst sie politisch mit zweierlei Maß: In Deutschland sucht »Die Freiheit« den Anschluss an Vertreter_innen aus dem demokratischen Parteienspektrum, wie im November 2010, als Stadtkewitz und Doll mit FDP-Dissident_innen aus Hessen zusammentrafen und dies unter der Überschrift »DIE FREIHEIT expandiert bundesweit« bekanntgaben. Gleichwohl tritt sie auf internationaler Ebene mit rassistischen und extrem rechten Parteien bzw. deren Vertreter_innen aus Schweden, Österreich und Belgien auf.



»Pro Deutschland«

Eine selbsternannte »Bürgerbewegung« auf dem Weg in die Hauptstadt

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

Als sich im Jahr 2006 im Pankower Stadtteil Heinersdorf eine Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde formierte und regelmäßig Aktionen durchführte, beteiligten sich auch Mitglieder der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« erstmals offensiv an rassistisch aufgeladenen Protesten in der Hauptstadt. Der damalige CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz (heute Partei »Die Freiheit«) dominierte jedoch die Medien und war das Gesicht des »Bürgerprotests« in Pankow. Ein Jahr später gelang es »Pro Deutschland« in Charlottenburg, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Mehrere Wochen berichteten verschiedene Berliner Medien im Oktober 2007 über einen geplanten Moscheebau in Charlottenburg und die Gegenaktivitäten von »Pro Deutschland«. Die Moschee-Gegner_innen verteilten regelmäßig Flugblätter im Bezirk und sammelten Unterschriften für eine Petition gegen den Neubau. Nachdem das zuständige Bauamt die Baupläne kippte, verkauften die Islamgegner_innen das als ihren Erfolg. »Die Verhinderung dieses Islamisierungs-Projektes ist der erste große politische Erfolg der Bürgerbewegung pro Deutschland in Berlin, dem noch viele weitere folgen werden!« hieß es auf ihrer Internetseite.

Strukturaufbau in Berlin und Personal

Jedoch ab Anfang 2008 wurde es ruhig um die »Bürgerbewegung«, die für knapp zwei Jahre kaum Aktivitäten entfaltete. Unweit des Schöneberger Rathauses gründete sich am 5. Juni 2010 der Landesverband Berlin und verabschiedete ein 10-Punkte-Programm für die Wahlen 2011. Trotz internationaler Gäste besuchten lediglich rund 80 Mitglieder und Anhänger_innen den wenige Wochen später stattfindenden Bundesparteitag. Mit dem Parteitag fiel auch der Startschuss für den Wahlkampf in Berlin im Jahr 2011. Um dessen Bedeutung zu unterstreichen, stimmten die Mitglieder für die Verlegung des Parteisitzes von Köln nach Berlin, während Manfred Rouhs die Anwesenden aufforderte für den kostenintensiven Wahlkampf, der monatlich rund 5000 Euro verschlinge, zu spenden. Kurz darauf wurde in einem Marzahner Plattenbau, der als Bürohaus genutzt wird, das Hauptstadtbüro der »Bürgerbewegung« eröffnet. Die Büroräume sind nicht besonders repräsentativ, bieten den Rechtspopulist_innen jedoch eine Basis für ihren Straßenwahlkampf. Zu den Räumlichkeiten gehört auch ein Konferenzraum, der für Schulungen und Seminare genutzt werden kann und in dem Ende August 2010 der umstrittene Referent Prof. Menno Aden, Vorsitzender der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« aus Hamburg, zum Thema »Deutscher Patriotismus im heutigen Europa« referierte. Um den Mitgliederbestand zu erhöhen, dienen auch die seit August 2010 jede Woche stattfindenden Werbeaktionen. Neben Informationsmaterial wird hauptsächlich die »Anti-Türkei«-Postkarte in allen Berliner Bezirken verteilt und in Briefkästen gesteckt. Bis Ende 2010 sollen 1,5 Millionen Postkarten an Berliner Haushalte verteilt worden sein. Dazu kommen Informationsstände an wechselnden Orten. Entsprechend ihres auf drei Punkten aufbauenden Konzepts (vgl. Kasten) erfolgte nach der Wahlwerbung und Gewinnung von Unterstützer_innen die Gründung von Kreisverbänden. Ausgerechnet in Neukölln entstand Ende Oktober 2010 der erste Berliner »Pro«-Kreisverband. Glaubt man den Ausführungen des Bundesvorsitzenden, konnten innerhalb weniger Wochen mehr als 300 Menschen als Interessent_innen – alleine durch die Verteilung von Werbematerial und Postkarten – in Neukölln gewonnen werden. Innerhalb weniger Monate tourte die »Bürgerbewegung« durch alle zwölf Berliner Bezirke und gründete Kreisverbände.

»Pro Deutschland« lebt vom Engagement weniger aktiver Mitglieder und Funktionsträger in Berlin. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die auf eine Vielzahl von ehrenamtlichen – besonders im Wahlkampf – aktiven Parteimitgliedern zurückgreifen können, müssen bei »Pro Deutschland« die Funktionsträger der Partei selbst diese Lücke



füllen. Der Berliner Landesverband setzt sich aus Lars Seidensticker (Landesvorsitzender), Dr. Andreas Graudin (stellvertretender Vorsitzender), Oliver Ackermann (Schatzmeister), Torsten Meyer[1] (Schriftführer) und sieben Beisitzern zusammen. Bindendes Glied und mit Zweitwohnsitz in Berlin gemeldet ist der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs. Der anfängliche Hoffnungsträger der Partei, Patrik Brinkmann, erklärte im Oktober 2010, dass es »Pro Deutschland« nicht fertig gebracht habe, »die zerstrittenen Parteien an einen Tisch zu bekommen«, daher werde er sich zum Jahreswechsel aus der Partei zurückziehen. Überraschend übernahm Brinkmann dann im März dieses Jahres den Landesvorsitz, trat nach nur vier Wochen aufgrund von Unstimmigkeiten über Personalfragen jedoch wieder zurück. Finanziell ist Brinkmanns Rückzug kein Verlust: Insgesamt kann »Pro Deutschland« mit 100 000 Euro von Brinkmann rechnen. Das Geld stammt von Verbindlichkeiten, die »Pro NRW« gegenüber dem schwedischen Unternehmer hat, und ist in den kommenden vier Jahren in Raten zu je 25 000 Euro an »Pro Deutschland« zu zahlen.

Grundsatzprogramm und Wahlkampf

»Die Bürgerbewegung pro Deutschland versteht sich als politische Vereinigung von Menschen, die den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren wollen.« In ihrem Grundsatzprogramm widmet sich »Pro Deutschland« in wenigen Sätzen komplexen gesellschaftlichen und sozialen Themen. Lösungsansätze werden nicht geboten, lediglich vermeintliche Missstände angesprochen. Beim Thema Familienpolitik gibt man sich konservativ und berührt Ideologiefragmente fundamentalistischer Lebensschutzgruppen: »Die Familie muß weiterhin gegenüber anderen Lebensgemeinschaften und gegenüber den Ein-Personen-Haushalten privilegiert bleiben. Pro Deutschland tritt ein für den Schutz des ungeborenen Lebens«. Das Thema »Ausländerpolitik« genießt im Grundsatzprogramm den höchsten Stellenwert. Zynisch fordert »Pro Deutschland«: »Toleranz und Achtung gegenüber denjenigen Ausländern, die als Gäste auf Zeit bei uns arbeiten, sowie eine Trennung in Freundschaft von jenen, die hartnäckig integrationsunwillig oder -unfähig sind und/oder unsere Sozialsysteme dauerhaft ausnutzen«. Ebenso solle Deutschland »kein Einwanderungsland« werden und »Ausländische Straftäter, die das deutsche Gastrecht mißbrauchen, gehören nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben. Ihnen soll die erneute Einreise nach Deutschland lebenslang verweigert werden«.

Die sogenannte »Bürgerbewegung Pro Deutschland« prophezeit sich selbst hervorragende Wahlergebnisse für die Wahlen 2011, sofern man wahlkampffähig sei. Ihr Potenzial schätzte Manfred Rouhs auf »fünf Prozent plus x«. Nahezu täglich führte die Partei in vielen Berliner Bezirken an unterschiedlichen Orten Informationsstände durch. An diesen verteilten mehrere Männer und Frauen, meist mittleren Alters, Flugblätter und sammelten Unterstützungsunterschriften zum Wahlantritt. Die berlinweit verbreiteten Wahlplakate- und werbezettel wirken bedrohlich und sollen die Forderungen der Partei nach »mehr Sicherheit« untermalen: Auf der Vorderseite streckt ein vermummter Mann mit Lederhandschuhen seine linke Hand in Richtung des Betrachers, darunter der Slogan: »Hauptstadt der Angst? Nicht mit uns!«. Ob sich der Versuch, von den derzeitigen Debatten über mehr Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Straßen zu profitieren, auszahlt und in Mitgliederzuwächsen oder Wählerstimmen im September niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Mehr als 10.000 Unterstützungsunterschriften hatte die »Bürgerbewegung« bis Ende Juni dieses Jahres gesammelt. Daher wird sie nicht nur mit einer Landesliste und in allen zwölf Bezirken, sondern auch für in 77 von 78 Wahlkreisen in der Hauptstadt bei den Wahlen vertreten sein.

Das Wahlprogramm von »Pro Deutschland« umfasst zehn Punkte. Die Themen Zuwanderung, Islamisierung, Innere Sicherheit, Chancengleichheit und Korruptionsbekämpfung werden am Ausführlichsten behandelt. Zwar ist die Partei bemüht, auf allzu radikale Rhetorik zu verzichten. Doch pauschalisierende und diskriminierende Aussagen, etwa dass die Familienzusammenführungen, zu »Masseneinwanderung und drohender Überfremdung vor allem der deutschen Großstädte« geführt hätten, finden sich an verschiedenen Punkten. Da »Zuwanderer-Ghettos oft zu kriminellen Brennpunktgebieten« geworden seien, wird eine Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre und die »Abschiebung aller ausländischer Straftäter [sic!] bei einer rechtskräftigen Verurteilung zu über einem Jahr Freiheitsstrafe mit oder ohne Bewährung« gefordert. Medial wahrgenommen wird die Partei bisher hauptsächlich durch juristische Auseinandersetzungen[2], jedoch kaum über ihre inhaltliche Arbeit. Daher versucht sie sich durch medienwirksame Auftritte, in kommunalen Räumlichkeiten oder durch den für Ende August dieses Jahres geplanten »Anti-Islamisierungskongress«[3] zu inszenieren.

Ausblick

Um handlungsfähig und erfolgreich zu sein, suchte die Partei um Rouhs in Berlin nach Bündnispartnern und fand sie bei den einstmals erfolgreichen »Republikanern«. Deren Landeschef Reinhard Haese tritt immer wieder auf Kundgebungen der »Bürgerbewegung« auf und kandidiert nicht nur auf der Landesliste, sondern auch für die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf. Doch trotz eines Mandates im Bezirksparlament von Pankow sind die »Republikaner« nur noch auf dem Papier existent und sorgen somit – trotz Zusammenarbeit – wahrscheinlich für keine Steigerung der »Pro«-Aktivitäten in Berlin. Es ist kaum zu erwarten, dass die bisher aktiven Mitglieder mit leichter Hand in der Hauptstadt für die erhofften Wahlerfolge sorgen können. Nach wie vor gelingt keine überzeugende Abgrenzung nach Rechtsaußen. Wie auch, wenn die politischen Biografien so vieler Führungskräfte dort fußen und die erhofften Dissident_innen aus etablierten Parteien ausbleiben. Ein griffiges Kampagnenthema mit bezirksübergreifender Relevanz bietet sich aktuell nicht, daher versucht die Partei bisher mit mäßigem Erfolg Kiezthemen aufzugreifen.[4] Es wird maßgeblich sein, mit welcher Entschlossenheit sich demokratische Initiativen und Parteien der rassistischen Stimmungsmache entgegen stellen. Totschweigen wird nicht weiter helfen, sondern die Parolen der Rechtspopulist_innen müssen deutlich markiert werden: als Kampfansage an eine Stadt, die von Einwanderung und der vielfältigen demokratischen Beteiligung geprägt ist.

---

1 Torsten Meyer war bis zu seinem Wechsel zu »Pro Deutschland« im Jahr 2011, Landesvorsitzender der »Deutschen Volksunion« und gehörte der NPD-Fraktion in der BVV-Lichtenberg an, die er aber Ende letzten Jahres verließ.

2 Die Partei verbreitete Plakate mit der Aufschrift »Wählen gehen für Thilos Thesen!«, was ihr gerichtlich untersagt wurde. Als Reaktion wurde von »Pro Deutschland« das Wort »Thilos« mit einem Aufkleber mit dem Aufdruck »zensierte« überklebt. Der Wahlslogan lautet nun: »Wählen gehen für zensierte Thesen!«

3 Für den »Anti-Islamisierungskongress« kündigt »Pro Deutschland« die unterstützende Beteiligung von erfolgreichen, internationalen Rechtsaußen-Parteien wie der FPÖ, dem »Vlaams Belang« (Belgien) und der »Tea-Party-Bewegung« (USA) an.

4 Ende 2010 startete »Pro Deutschland« eine Kampagne gegen eine Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Süd-Tiergarten; siehe http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/pro-deutschland-gegen-asylbewerber/

»Politisch unkorrekt« gegen die »Islamisierung«

Der antiislamische Weblog PI-News

von Maik Baumgärtner (Berlin rechtsaußen)

Seit 2004 verbreiten wechselnde AutorInnen auf dem antiislamischen Weblog »Politically Incorrect« ihre »News gegen den Mainstream«. Sie agieren dabei nach eigenen Aussagen »Proamerikanisch«, »Proisraelisch« und »Gegen die Islamisierung Europas« sowie »Für Grundgesetz und Menschenrechte«. Mit der Gründung von »Politically Incorrect« (PI) durch den nordrhein-westfälischen Grundschullehrer Stefan Herre, war der Startschuss für die größte antimuslimische Internetseite im deutschsprachigen Raum gefallen.

»Unverhohlen rassistischer Mob«

In den Augen der PI-Macher dominieren »politische Korrektheit und das Gutmenschentum [...] überall die Medien«, daher habe man »auf diesen Seiten vor allem ein Thema – die Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne von politischer Korrektheit durch Medien und Politik.« Nach eigenen Angaben zählt PI täglich mehrere 10.000 Besucherinnen und Besucher, die sich in den Kommentaren, in die scheinbar nur selten moderierend eingegriffen wird, austoben. Stefan Niggemeier schrieb 2007 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), es sei »ein unverhohlen rassistischer Mob, der sich im Kommentarbereich von »Politically Incorrect« täglich versammelt«.

»Ein jeder, der eine Neunjährige vögelt ist ein Kinderschänder… aber nicht der Mohamed und seine friedlichen Nachahmer…« oder »Was hat Deutschland eigentlich immer mit seinen ach so toll integrierten Fußballern? Mesut Özil wird da ja immer gerne genannt. Der ist allerdings 3. Generation, spricht gebrochen Deutsch und betet lieber Koranverse, wenn andere die deutsche Nationalhymne singen.« Unzählige ähnlich beleidigender Zitate finden sich in den Kommentarspalten von »Politically Incorrect«. Bereits 2008 forderte das Bundestagsmitglied Sebastian Edathy (SPD), der von PI-Leser_innen als »Islamofaschist« bezeichnet wurde, eine Beobachtung von PI durch den Verfassungsschutz, da gezielt »antidemokratische Stimmungen« bedient würden. »Das ist nicht mehr grenzwertig, da ist eine Grenze überschritten«, so Edathy.

PI-Gruppen werden vor Ort aktiv

In mehreren Städten existieren so genannte »PI-Gruppen«, die vor Ort Aktionen organisieren – meist kleine Kundgebungen oder gemeinsame Veranstaltungsbesuche. Zwar weist PI über einen eigenen Menüpunkt auf die »PI-Gruppen« hin, erklärt jedoch vorsorglich, dass diese ein »Zusammenschluss mündiger Bürger« seien, »die mit den Blog-Betreibern nicht institutionell verbunden sind.« Die PI-Gruppen unterstützen andere islamfeindliche Zusammenhänge bei ihren Auftritten, verfassen Flugblätter und versuchen, durch provokante Fragen öffentliche Veranstaltungen zu den Themen Integration, Migration und Islam in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Zahl der Aktiven in den Ortsgruppen ist überschaubar, wesentlich größer ist ihr Einfluss im Internet: Weisen Autor_innen oder Kommentator_innen des Blogs auf Umfragen oder Artikel zu den PI-Stammthemen auf anderen Internetseiten hin, kippen Umfragewerte und werden Kommentarspalten mit rassistischen und antiislamischen Beiträgen



Transparente von PI-News-AktivistInnen sind seit Jahren auf Kundgebungen des antiislamische Spektrums zu sehen, so auch in Berlin.

überflutet. Diese Form der Beeinflussung von virtuellen Diskursen erinnert an die sogenannte »Wortergreifungsstrategie« von Neonazi-Aktivist_innen, die versuchen auf Veranstaltungen mit allen Mitteln das Wort an sich zu reißen, um ihre Propaganda zu verbreiten und so sachlich geführte Diskussionen zu verhindern. Scheitert diese Form der Manipulation, verfallen die Islamfeinde in eine Opferrolle und sehen sich einer manipulativen »Meinungsdiktatur« ausgesetzt, die sie in den eigenen Medien exzessiv beklagen.

Immer wieder überschreiten einige Tastaturkrieger_innen des »Abendlands«, getrieben von der Verschwörungsphantasie einer »Islamisierung« Deutschlands und Europas, die Grenzen der freien Meinungsäußerung. So wurden vor allem 2010 verschiedene Wissenschaftler_innen und Integrationsexpert_innen per E-Mail aus dem Milieu antiislamischer Internet-Aktivist_innen bedroht. Nachdem ihre Fotos und Kontaktanschriften im Internet veröffentlicht worden waren, kam es in der Folge auch in Berlin zu verbalen Drohungen und Einschüchterungen gegen eine Wissenschaftlerin mit Migrationshintergrund, die sich in der Integrationsdebatte zu Wort gemeldet hatte.

Seit September 2009 gibt es auch in Berlin eine »PI-Gruppe«, von der nach eigenen Angaben viele »seit langem Leser [...] einige davon aktive Kommentatoren« auf PI sind. Zu ihren bisherigen Aktivitäten zählte das Verteilen von Flugblättern, der »kritische« Besuch von Veranstaltungen und etliche Mahnwachen für Geert Wilders vor der niederländischen Botschaft. Von Beginn an unterstützten einige Mitglieder der Berliner PI-Gruppe die Partei »Die Freiheit«, die seit ihrer Gründung auch auf die publizistische Hilfe des Weblogs bauen kann. Galt das Portal noch Mitte 2010 als den extrem rechten »Pro«-Bewegungen nahestehend, wird heute überwiegend über die Aktivitäten der »Die Freiheit« und ihrer Bündnispartner berichtet. Kaum verwunderlich also, dass PI-Gründer Stefan Herre den ersten Auftritt von Geert Wilders in Deutschland im Oktober 2010 in Berlin auf einer Veranstaltung der Partei moderierte.

Die »Bürgerbewegung Pax Europa«

Ein Verein für »Islamkritik«

von Antifaschistisches Info-Blatt (AIB)

Die »Bürgerbewegung Pax Europa« (BPE) wurde am 17. Mai 2008 in den Räumen der Diözese Würzburg als Zusammenschluss der Vereine »Pax Europa« und dem »Bundesverband der Bürgerbewegungen« gegründet. Sie hat ihren Vereinssitz in Wetzlar und zählt nach Eigenangaben momentan rund 800 Mitglieder. Derzeitiger Vorsitzender des Vereins ist Willi Schwend, Unternehmer aus dem baden-württembergischen Wertheim und vor der Fusion Vorsitzender des »Bundesverbands der Bürgerbewegungen« (BDB). Schwend war Wortführer einer Bürgerinitiative gegen einen geplanten Moscheeneubau in Wertheim.

Der Vorgängerverein »Pax Europa« wurde im Dezember 2006 in Königswinter gegründet. Bei der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2007 in Bonn wurde der Journalist Udo Ulfkotte in den Vorstand gewählt. Er verließ die BPE Ende 2008 wegen eines »zunehmend extremistischen Kurses«. Er bezog sich auf im Internet veröffentlichte Postkartenmotive, die Muslime als Schweine, Pädophile und Terroristen darstellten. Dieser Abgrenzungsbedarf erstaunt insofern, als Ulfkotte selber MigrantInnen als »Wohlstandsvernichter« bezeichnete, »Rückführungsbeauftragte statt Integrationsbeauftragte« forderte und prognostizierte, dass »möglicherweise (...) ja bald schon nicht nur Wahlplakate von Politikern an Laternenpfählen hängen«.

Neben Ulfkotte wurde bei dem Bonner Treffen Rainer Glagow zum Vorstandsmitglied gewählt. Der im Juli 2010 verstorbene Islamwissenschaftler war Vize-Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg und bis 2006 Leiter des Berliner Hauptstadtbüros der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. Angesichts solcher Mitstreiter ist der politische Einfluss der BPE nicht zu unterschätzen. Dafür spricht auch, dass sich die Gründungsmitglieder Ulfkotte und Schwend in einem Anschreiben an die Mitglieder von April 2008 damit brüsteten, die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag habe auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth »mit unserer Hilfe« einstimmig ein Positionspapier verabschiedet, das »in nahezu allen Teilen wörtlich den veröffentlichten Positionen von Pax Europa und BDB entspricht.«

Ein weiteres prominentes Mitglied der BPE ist Rainer Grell, ehemaliger Ministerialrat im baden-württembergischen Innenministerium und Leiter der Abteilung Staatsangehörigkeitsrecht. Grell konzipierte den »Gesprächsleitfaden für Einbürgerungswillige«, der bundesweit als »Muslimtest« bekannt wurde.

Zwischen Bürgerlichkeit und Volksverhetzung

Die BPE tritt regelmäßig mit Veranstaltungen und Kundgebungen in Erscheinung, so beispielsweise am 3. Oktober 2010 unter dem Motto »Für Demokratie und Menschenrechte – gegen freiheitsfeindliche Ideologien« auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Bei dieser Gelegenheit trat die österreichische »Islamkritikerin« Elisabeth Sabaditsch-Wolff auf, gegen die in Österreich ein Ermittlungsverfahren wegen Verhetzung (ähnlich der Volksverhetzung in Deutschland) anhängig ist. Das BPE-Mitglied hatte während eines Seminars der FPÖ-nahen Freiheitlichen Akademie Äußerungen getätigt wie »Moslems töten oder vergewaltigen Kinder wegen der Religion« oder »Wir werden alle tagtäglich von den Muslimen belogen, weil das ihre religiöse Pflicht ist.« Sabaditsch-Wolff trat mehrmals bei Tagungen der OSZE für die BPE als Vertreterin der Zivilgesellschaft auf. Zu den Tagungen reiste sie auf dem Ticket der »International Civil Liberties Alliance« (ICLA). Die ICLA ist ein virtuelles Netzwerk so genannter »Islamkritiker« aus Europa und den Vereinigten Staaten. Neben der BPE sind dort beispielsweise die »English Defence League«, PI-News und das österreichische »Mission Europa Netzwerk Karl Martell« vernetzt.

Abgrenzung von PRO

Anders als zur Partei »Die Freiheit« geht die BPE zu den »PRO-Bewegungen« auf Distanz. Die mühsam aufrechterhaltene eigene Seriosität und Politikfähigkeit mag man nicht zugunsten einer Kooperation mit der als extrem rechts geltenden Truppe um Manfred Rouhs und Markus Beisicht opfern. Der altgediente und über landespolitische Erfahrung verfügende BPE-Funktionär René Stadtkewitz mit besten Kontakten in die Hauptstadt-CDU erhält natürlich den Vorzug gegenüber den mehr oder weniger dilettantisch agierenden »PRO-Bewegungen«. Die Abgrenzung zu PRO wird so zum Lackmustest der Loyalität. So trat das Bundesvorstandsmitglied Wilfried Puhl-Schmidt aus Kehl am Rhein Anfang Oktober 2010 zurück, weil er auf einer »PRO Deutschland«-Kundgebung in Berlin ein Transparent der BPE gezeigt hatte. Zur Begründung seines Rücktritts behalf er sich mit der Erklärung, er »möchte keiner Bewegung, wie z.B. Pro-Deutschland und anderen, die am rechten Rand der Bevölkerung fischen, eine Gelegenheit geben, die BPE mit in ihr Boot zu ziehen.«



TeilnehmerInnen einer Kundgebung vor der Iranischen Botschaft in Berlin-Dahlem im August 2009.

Schon die Aufzählung von FunktionärInnen der BPE zeigt, dass diese Gruppierung keine Splittergruppe randständiger »Extremisten« ist. Im Gegenteil: Ihre Positionen treffen auf Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft und ihr Personal rekrutiert sich aus etablierten VertreterInnen des bürgerlichen Lagers. Ihre Politikfähigkeit wird sich an der Frage entscheiden, ob ihnen der Spagat zwischen Anschlussfähigkeit ins bürgerliche Lager und unverhohlener rassistischer Hetze à la PI-News weiterhin gelingt und ob dieses Milieu einen charismatischeren Führer als den blassen Hinterbänkler Stadtkewitz hervorbringt.

Der Text ist eine gekürzte Fassung eines Artikels aus AIB Nr.89, S.40. Wir danken dem Antifaschistischen Info-Blatt für die Möglichkeit, diesen Text zu verwenden.



»Pro Köln« und »Pro Berlin«

Rechtspopulismus in der Kommunalpolitik[1]

vom Projekt: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse (VDK e.V.)

Die wenigen erschienenen Aktivist/innen von »Pro Berlin« geben ein trauriges Bild ab. Zu sechst haben sie sich im Neuköllner Schillerkiez versammelt, um gegen islamistische Prediger zu demonstrieren. Deren Seminar in einer dortigen Moschee wurde bereits im Vorfeld abgesagt, nachdem der »Lesben- und Schwulenverband Deutschland« (LSVD) die Verantwortlichen der muslimischen Gemeinde über die homophoben Positionen der Eingeladenen informiert hatte. Den wenigen Angehörigen von »Pro Berlin« steht ein Vielfaches an Gegner/innen gegenüber, die keine Mühe darauf verwenden, sich ihre Schadenfreude nicht anmerken zu lassen.

An diesem sonnigen Samstag im Oktober 2010 wird deutlich: Es ist für »Pro Berlin« noch ein sehr weiter Weg, wenn sie an die Erfolge ihres Vorbilds »Pro Köln« anknüpfen wollen.

»Pro Köln« – Wie agiert das Vorbild von »Pro Berlin« in den kommunalen Gremien Kölns?

Während »Pro Köln« insgesamt engagiert auftritt und es ihnen an zeitlichen Kapazitäten nicht zu fehlen scheint, liegen ihre Schwachpunkte im finanziellen Bereich und in der geringen medialen Aufmerksamkeit, die ihnen zu Teil wird. Zudem mangelt es ihnen an kompetentem Personal. So gilt neben Judith Wolter (Fraktionsvorsitzende, stellv. Vorsitzende »Pro Köln«) und wenigen weiteren fähigen Funktionär/innen, insbesondere der Neu-Berliner Manfred Rouhs (stellv. Fraktionsvorsitzender und Schatzmeister) als kompetent und engagiert, rhetorisch der parlamentarischen Debatte hinreichend gewachsen und schlagfertig. Andere Abgeordnete von »Pro Köln« wirken hingegen überfordert, leisten sich Versäumnisse und Fehler und beschränken ihr Engagement im wesentlichen auf die physische Anwesenheit in den Gremien. Die wenigen anderen aktiveren Stadtratsmitglieder von »Pro Köln« zeigten sich in den vergangenen Jahren sehr darum bemüht, zumindest umtriebig zu wirken. Sie bereiten sich in der Regel gut vor und platzieren eine Vielzahl von Anträgen geschickt am öffentlichkeitswirksamen Sitzungsbeginn. So können vergleichsweise viele Zuschauer/innen erreicht werden.

Die mühsame sachorientierte Arbeit in den Ausschüssen – das Durcharbeiten von Bebauungsplänen im Stadtentwicklungsausschuss etwa – wird von »Pro Köln« kaum geleistet. Hier zeigt sich, dass trotz gegenteiliger Beteuerungen das Augenmerk von »Pro Köln« nicht auf der Sachpolitik liegt. Hierfür mögen auch personelle Engpässe eine

Rolle spielen, die im Zusammenhang mit dem angesprochenen Kompetenzgefälle des Personals von »Pro Köln« stehen. Diesen Bereich zu vernachlässigen ist eine bewusste Entscheidung, die z.B. auch von der rechtsextremen NPD aus den kommunalen Gremien in Berlin bekannt ist. Betont wird hier die Politikdarstellung und nicht etwa die konstruktive kritische Mitarbeit in Form einer oppositionellen Kontrolle der Mehrheitsentscheidungen im Stadtrat. So wird von »Pro Köln« zwar die bisherige Politik abgelehnt, diese aber nicht auf Widersprüche hin überprüft oder gar mit tragfähigen alternativen Lösungsvorschlägen konfrontiert. Rechtspopulist/innen und Rechtsextreme legen somit andere Maßstäbe an ihre kommunalpolitische



Am 16. Juni 2007 demonstrieren etwa 250 Menschen in Köln-Ehrenfeld gegen den Bau einer DITIB-Moschee. Das Leittransparent zitiert Ralph Giordano. Foto: peter juelich / ip-photo.com

Arbeit an als Demokrat/innen und konzentrieren sich vollständig auf die Selbstinszenierung gegenüber potenziellen Wähler/innen.

Zu den auffälligen Aktivitäten von »Pro Köln« gehören Versuche, sich bei bürgerlichen Gegner/innen städtischer Projekte als »Anwalt des kleinen Mannes« einzureihen und auftretende Konflikte weiter anzuheizen und zuzuspitzen. Da »Pro Köln« aber in der Regel nur durch die lokalen Medien über Bürger/innen-Proteste erfährt, bleibt ihnen oft bestenfalls die Rolle nachträglich hinzukommender Trittbrettfahrer/innen. Ohne die Möglichkeit und / oder die Bereitschaft zur vertiefenden inhaltlichen Arbeit bleibt ihre Einflussnahme zusätzlich beschränkt.

»Pro Köln« versucht außerdem, mit nicht-ideologischen oder kaum erkennbar ideologisch gefärbten Beiträgen für Irritationen bei den demokratischen Kommunalpolitiker/innen zu sorgen und so deren Abgrenzung zu erschweren.

In der Vielzahl von Anträgen und Anfragen gerade auch zu kommunalpolitischen Themen sieht »Pro Köln« den Beweis ihres Fleißes. Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass viele der Anträge und Anfragen gleichlautend in mehreren oder allen Bezirken gestellt wurden (»Wanderanträge«), was die Zahl von 200 Anträgen und Anfragen in den Bezirksvertretungen relativiert. Die Erstellung etlicher Anträge und Anfragen erfolgt offenbar zentral in der Stadtratsfraktion in Köln. Die Produkte werden dann anscheinend von dort aus an die einzelnen Bezirksvertreter/innen verteilt. Über eigene Medien, wie eine oft aktualisierte Website und tägliche Email-Rundbriefe versucht »Pro Köln« Einfluss auf die Öffentlichkeit zu nehmen und eine geringe mediale Präsenz (z.B. in Lokalzeitungen) auszugleichen.

Umgang der Demokrat/innen mit »Pro Köln«

In der Legislaturperiode 2004-2009 wurden im Kölner Stadtrat alle Anträge von »Pro Köln« mit einer großen Mehrheit der Demokrat/innen und dabei fast immer einstimmig abgelehnt – oftmals ohne Debatte. Anträge von »Pro Köln« demonstrativ zu ignorieren und ohne Debatte abzulehnen, birgt dabei immer die Gefahr, dass »Pro Köln« dieses Vorgehen den Bürger/innen gegenüber als »undemokratisch« brandmarken und so populistisch für sich ausschlachten kann. Dennoch finden nur noch wenige Erwiderungen im Sinne des »Redebündnisses« der demokratischen Fraktionen statt, demzufolge »Pro Köln«-Anträge jeweils nur durch einen demokratischen Abgeordneten im Namen aller Fraktionen beantwortet werden.

Der große strategische Vorteil dieses »Redebündnisses« liegt in der demonstrativen und gemeinsamen Positionierung der Demokrat/innen, die der Öffentlichkeit die inhaltliche Ablehnung der Inhalte von »Pro Köln« verdeutlicht, ohne dafür zu viel Zeit aufwenden zu müssen, die an anderer Stelle fehlen würde. Die demokratischen Fraktionen in den Kölner Kommunalparlamenten reagieren auf prinzipiell zustimmungsfähige Anträge von »Pro Köln« mit eigenen geringfügig veränderten Anträgen.

»Pro Berlin«: Eine rechtspopulistische Herausforderung für die Berliner (Kommunal-) Politik

Eine Herausforderung für die Demokrat/innen in Berlin liegt derzeit darin, sich gemeinsam von den rassistischen und rechtspopulistischen Argumentationsweisen von PRO in einer Weise abzugrenzen, die passgenau auf deren Inhalte zugeschnitten ist und nicht etwa anzunehmen, dass PRO im wesentlichen mit der NPD identisch wäre *(siehe Text der MBR ab Seite 2)*.

Wesentlicher Teil der rechtspopulistischen Selbstinszenierung als »Bewegung von unten« ist die Instrumentalisierung von Mitteln der demokratischen Mitbestimmung, wie Volksentscheiden, für die Agitation gegen Einwanderung, um so die muslimische Minderheit auszugrenzen und zu diskriminieren. Flankiert wird dies von einer strategisch eingesetzten Rhetorik, mittels derer sich PRO und andere Rechtspopulist/innen im Unterschied zur offen rechtsextremen NPD demonstrativ zu Demokratie und Grundgesetz bekennen; so müssen beispielsweise PRO-Mitglieder ihre Treue zum Grundgesetzt per Unterschrift zusichern. Aus strategischem Kalkül bemüht sich PRO stetig um eine inhaltliche wie personelle Trennung vom rechtsextremen Spektrum.

Einen besonderen Stellenwert hat hierbei die ebenso plakative wie instrumentelle verbale Abgrenzung gegenüber dem Antisemitismus. So sucht »Pro Berlin« demonstrativ die Nähe zur israelischen Rechten, deren Vertreter/innen unter anderem gezielt auf Veranstaltungen eingeladen werden. Dies geschieht mit dem Ziel, den Nahost-Konflikt in einen Kampf gegen den Islam umzudeuten und sich zugleich gegen den Vorwurf des Antisemitismus und des Rechtsextremismus zu immunisieren. Zugleich spricht sich »Pro



Pressekonferenz der Fraktion von »Pro Köln« im September 2008: Markus Beisicht (li.), Harald Vilimsky (mi., FPÖ) und Judith Wolter (re.). Foto: peter juelich/ ip-photo.com

Berlin« aber auf ihrer Webseite gegen die Aufstellung von Informationstafeln in der Heinrich-von-Treitschke-Straße aus, die eine Distanzierung von den antisemitischen Äußerungen des Historikers deutlich machen sollen.

Auch wenn die Biographien zentraler Führungsleute von PRO ein politisches Vorleben in rechtsextremen Organisationen aufweisen, sind ideologische Unterschiede zur rechtsextremen NPD vorhanden. Anders als bei PRO findet sich auf Seiten der NPD und anderer Rechtsextremer ein revolutionärer, systemfeindlicher Habitus und oftmals auch ein eindeutig positiver Bezug auf den historischen Nationalsozialismus sowie ein völkisches Nationenverständnis – Ideologieelemente, die eine Abgrenzung seitens Demokrat/innen vergleichsweise einfach machen.

Das Wissen um die rechtsextremen Biographien vieler Rechtspopulist/innen mag helfen, diese Personen einzuschätzen, kann für die Auseinandersetzung mit deren Ideologie letztlich aber kaum Impulse geben.

Wahlchancen und Erfolgsbedingungen für »Pro Berlin«

Die grundlegenden Voraussetzungen für relevante Stimmengewinne von »Pro Berlin« bei den Wahlen in Berlin sind die eigene organisatorische Handlungsfähigkeit im Wahlkampf sowie die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit glaubwürdig als nicht-rechtsextrem und als Teil des demokratischen Meinungsspektrums präsentieren zu können. Des Weiteren ist die Frage, welche der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sich in der Konkurrenz um dieselbe Wähler/innen-Klientel durchsetzen kann. Interne Streitigkeiten über grundsätzliche strategische Fragen, die bei PRO in der Vergangenheit bereits eskalierten, müssten zumindest vorläufig beigelegt werden. So entzweiten sich vorübergehend Rouhs und Markus Beisicht, der Vorsitzende von »Pro Köln« und »Pro NRW«, da Letzterer die Ausdehnung von PRO nach Berlin als zu früh und nicht solide genug vorbereitet befand. Ob sich die in diesem Zusammenhang getroffenen Absprachen und Kompromisse als tragfähig erweisen, lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Auch die eigene – unklare – finanzielle Lage hat direkten Einfluss auf den Aufwand, den PRO in Berlin im Wahlkampf betreiben kann.

Falls sich PRO während des Wahlkampfs 2011 ein thematisch passender Anlass für eine Kampagne bietet, werden sie versuchen, sich in der Öffentlichkeit als »Sprachrohr des Volkes« zu inszenieren und so möglicherweise die Situation zuspitzen um sie für ihre Themen instrumentalisieren zu können. Beispiele für einzelne Ereignisse, die hierfür in Frage kommen, sind etwa medial aufbereitete »Ehrenmorde«, Moschee-Neubauten oder islamistische Aktivitäten. Falls solche Anknüpfungsmöglichkeiten ausbleiben, wird dies »Pro Berlin« aufgrund der mangelhaften lokalen Verankerung in Berlin vor Probleme stellen.

Eine populäre Berliner Persönlichkeit, die das Anliegen »Pro Berlins« öffentlich unterstützt oder gar ein/e bekannte Politiker/in, die offiziell für »Pro Berlin« aktiv wird, könnten die Chancen der Rechtspopulist/innen erheblich erhöhen. Die Personaldecke von »Pro Berlin« ist insgesamt noch dünner, als die ihres Vorbilds in Köln – mit allen negativen Konsequenzen gerade auch in Bezug auf die Auswahlmöglichkeit von kompetenten Wahlkandidat/innen.

Im Wahlkampf wird »Pro Berlin« orientiert an den Erfahrungen von »Pro Köln« einen Schwerpunkt der Agitation auf Wohngegenden mit einem hohen Anteil von Menschen mit (muslimischem) Migrationshintergrund legen. Wohl deshalb hat »Pro Berlin« den ersten Kreisverband im multikulturellen Neukölln gegründet. Gerade eine vermeintlich nicht-ideologische, sondern scheinbar an Sachfragen orientierte Kommunalpolitik von »Pro Berlin« könnte es den Demokrat/innen erschweren, sich in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen abzugrenzen. Da sie im Vergleich zu einigen NPD-Verordneten gemäßigt auftreten, könnte auch die soziale Distanzierung gegenüber »Pro Berlin«-Verordneten im Arbeitsalltag schwerer aufrecht zu erhalten sein. Vorhandene Möglichkeiten zur Bürger/innenbeteiligung wie Bürgerfragestunden und Bürgerhaushalte wird »Pro Berlin« aufmerksam auf geeignete Ansatzpunkte hin prüfen. Dies sollte die demokratischen Verordneten aber nicht zu einer generellen Skepsis und Ablehnung gegenüber diesen Formen demokratischer Beteiligung verleiten.

Die Inszenierung von PRO als vorgeblich authentische Bürgerbewegung kann auf jene Bürger/innen überzeugend wirken, die sich von der (Kommunal-)Politik nicht oder nicht mehr repräsentiert sehen. Hier soll die populistische Agitation von PRO gegen »die da oben« greifen. Ein bürgernahes Auftreten gelingt ihren Protagonist/innen dabei in der Regel weit besser als den Akteur/innen der rechtsextremen NPD. Demokratische Politiker/innen stehen daher verstärkt vor der Aufgabe, den Wert demokratischer Entscheidungsprozesse in der Kommune für Bürger/innen erfahrbar zu machen.

---

1 Verwendete Literatur:

Busch, Christoph (2010): Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln. In: Kathrin Mok/ Michael Stahl (Hg.): Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation, Berlin, S.67-86;

Häusler, Alexander (Hg.) (2010): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Struktur und politische Methodik von Pro NRW und Pro Deutschland, Düsseldorf (Neufassung);

Überall, Frank (2010): »Ich bin die Strafe«. Rechtspopulismus der »Pro-Bewegung« am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) & Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Köln.

Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und antimuslimischem Rassismus

Ein Fortbildungsangebot der »MBR« und des Projektes: »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse« des VDK e.V.



Foto: Jörn Neumann/version-foto.de

Argumentationstraining

»...Drogenmissbrauch und Gewalt an Schulen durch hier chancenlose und integrationsunfähige Migranten aus dem moslemischen Kulturkreis sind die traurige Realität«

Rechte Sprüche und antiislamischer Rassismus lösen oftmals Unsicherheit über die »richtige« Reaktion aus. Wo verläuft die Grenze zwischen zulässiger Religionskritik und antiislamischem Rassismus? Wie ist die eigene Position zu Kopftuch, repräsentativen Moscheebauten und Religionsfreiheit? Was bedeutet es, wenn »der Islam« zu einer »Quasi-Ethnie« wird? In Debatten um Integration und das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Berlin wird zunehmend die Religion zum zentralen Bestimmungsmerkmal der vermeintlich »fremden Kultur«: aus Migrant/innen sind Muslim/innen geworden. Die Dualität aus »Wir« und »Sie« wird in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer symbolischen Grenzziehung zwischen Muslim/innen und deutscher Mehrheitsgesellschaft. Soziale Konflikte und wirtschaftliche Problemlagen werden mit der »fremden Religion« bestimmter Migrant/innengruppen zu erklären versucht und in eine Migrationsproblematik umgelenkt.
Um diesen Argumentationen differenziert begegnen zu können, werden in der Fortbildung die Funktion gängiger Parolen aufgezeigt, eigene Denkmuster und Einstellungen hinterfragt sowie Gegenargumente erarbeitet. Es soll Handwerkszeug zum angemessenen Umgang mit diskriminierenden Parolen vermittelt und die Sicherheit der Teilnehmenden in der verbalen Auseinandersetzung gestärkt werden.

Dauer: 4 bis 6 Stunden

Programm und Ideologieelemente rechtspopulistischer Parteien und Organisationen

Mit dem Wahlantritt der so genannten »Bürgerbewegung PRO Deutschland« und der Partei »Die Freiheit« zu den Berliner Wahlen 2011 ergeben sich für demokratische Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure neue Herausforderungen. Unter dem rechtspopulistischen Motto »Islamisierung? Nein danke!« wird eine Bedrohung durch eine vermeintlich »fremde Kultur« suggeriert, die Glaubensfrage mit Integrationsprozessen verknüpft und versucht, einen kulturreligiösen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen.
Die inhaltliche Auseinandersetzung mit zentralen Ideologieelementen und Argumentationsmustern rechtspopulistischer Parteien unter anderem am Beispiel von »PRO Berlin« schafft eine Basis für die Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien. Welche Politikfelder besetzen rechtspopulistische Organisationen? Lassen sich Handlungsstrategien aus der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf den Umgang mit rechtpopulistischen Organisationen und Parteien übertragen? Was sollte im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Ächtung rechtspopulistischer und antiislamischer Ressentiments stehen?
Hier setzt die Fortbildung an und soll die Teilnehmenden für rechtspopulistische Argumentationsmuster, Selbstinszenierungen und Ideologieelemente sensibilisieren. Im Mittelpunkt steht die Praxis sowie die Erfahrungen der Teilnehmenden entlang derer Handlungsansätze erarbeiten werden.

Dauer: 2 bis 3 Stunden

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mbr-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) unterstützt und vernetzt alle Berlinerinnen und Berliner, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und die sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Die MBR berät Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, (Sport-)Vereine, Gewerbetreibende und Verbände.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, bietet Fortbildungen an und begleitet die Umsetzung von lokalen Aktionsplänen und Kommunalanalysen. Ziel der Mobilen Beratung ist die Etablierung einer gelebten demokratischen Kultur sowie eines angstfreien und menschenrechtsorientierten Miteinanders in Berlin.

Kontakt:
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030 240 45 430
Fax: 030 240 45 319
E-Mail: info@mbr-berlin.de
Internet: www.mbr-berlin.de





Träger der beiden Projekte ist der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK).
Die Projekte werden gefördert durch das »Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« des Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats (Auseinandersezung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins und MBR) und durch das Bundesprogramm »kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (MBR).

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse

Das Projekt: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins dokumentiert die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien und analysiert ihre Vorgehensweisen. Es beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten im Umgang mit den rechtsextremen Strategien und beobachtet die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den BVVen auf das Gemeinwesen. Das Projekt analysiert Inhalte, Strategien und Potenziale neuer Parteien und Organisationen aus dem rechtspopulistischen Spektrum.

Das Projekt unterstützt kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und entwickelt auf der Basis des Erfahrungswissens der demokratischen Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien.

Kontakt:
Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030 275 95 027
Fax: 030 240 45 319
E-Mail: doku-und-analyse@vdk-berlin.de
Internet: www.bvv.vdk-berlin.de



Berlin rechtsaußen

blog.schattenbericht.de

Der Weblog »Berlin rechtsaußen«

Auf dem Blog Berlin rechtsaußen (www.blog.schattenbericht.de) veröffentlichen JournalistInnen aktuelle Recherchen und Hintergründe über die extreme Rechte in Berlin. »Berlin rechtsaußen« ist unabhängig und kritisch und fühlt sich den Grundsätzen zu Qualität und Unabhängigkeit journalistischer Arbeit verpflichtet wie sie der Deutsche Presserat oder das Netzwerk Recherche beschreibt.

Die MitarbeiterInnen von »Berlin rechtsaußen« erstellen ihre Texte selbständig und eigenverantwortlich. Wir wollen mit den aktuellen Recherchen und Hintergründen die Gefahren und Tendenzen verdeutlichen, die sich in der extremen Rechten in Berlin entwickeln. Von anti-demokratischen und autoritären Entwicklungen profitieren nicht vorrangig neonazistische Splittergruppen. Die Beiträge auf »Berlin rechtsaußen« berücksichtigen daher neben dem neonazistischen auch das extrem rechte, das rechtspopulistische, das national- und rechtskonservative Spektrum.

Kontakt:
E-Mail: blog@schattenbericht.de
Internet: www.blog.schattenbericht.de



Foto: www.dietlb.de

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs und verschiedene andere Primärquellen.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir in der Bildungsarbeit und in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief monitor, sowie in sonstigen Publikationen.

lausitzerstr.10 | 10999 berlin
fon | fax: 030.6116249
mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de
geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache



Foto: peter juelich/ip-photo.com

Gemeinsam handeln!

Zehn Punkte gegen rassistischen Populismus

1. Verantwortung zeigen

In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

2. Sachkenntnis herstellen

Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist eine profunde Kenntnis der Strukturen, der propagandistischen Inhalte und der Akteure der extremen Rechten vor Ort und deren Netzwerken Voraussetzung. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden.

3. Vorbeugung und Aufklärung betreiben

Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich etablierte »Mittler« zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben – auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen.

4. Engagement von unten stärken

Die Auseinandersetzung mit rassistischem Populismus kann nicht an die Politik delegiert werden. Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzuengen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindekultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperationen zwischen öffentlichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrantenselbstorganisationen.

5. Bündnisse gegen Rassismus fördern

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die entschiedene Positionierung gegen Rassismus nur die eine Seite der Medaille: Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von



Zuwanderer-Vereinigungen eine aktive Rolle spielen. Integrations- und Migrationsräte sowie unterschiedliche Selbstorganisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungs-politischen Integrationsmaßnahmen eine große Rolle. Sie tragen dazu bei, interkulturelles Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

6. Demokratische und interkulturelle Identifikationsangebote schaffen

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden. Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

7. Integrationspolitik aktiv gestalten

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune. Einer Politik, die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe versteht, kommt eine herausragende Bedeutung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Eine nachhaltige Integrationspolitik ist ein zentrales Mittel zur Vorbeugung gegen rassistische Hetze. Hierzu sind verstärkte finanzielle und politische Anstrengungen vonnöten, um kommunale Handlungspotentiale stärken und die rechtlichen und sozialen Benachteiligungen zugewanderter Bevölkerungsteile beseitigen zu können.

8. Instrumentalisierung von Glaubensfragen unterbinden

Die Anerkennung des Rechts auf freie Religionsausübung ist ein Grundrecht in unserer säkular orientierten Gesellschaft. Zur Förderung eines respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe gehört auch die gesellschaftliche Integration des Islams in Deutschland. Hierbei sind noch große Aufgaben zu bewältigen, die einen sachlichen Umgang mit den damit verbundenen Schwierigkeiten erfordern. Deshalb ist jede Form politischer Instrumentalisierung von Glaubensfragen zu vermeiden. Anstelle der Überhöhung von religiösen Glaubensfragen sollten gemeinsame soziale und kulturelle Alltagsinteressen in unserer Einwanderungsgesellschaft in den Vordergrund gestellt werden.

9. Interkulturelle Konflikte und »Angst-Themen« offensiv diskutieren

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Moscheebauvorhaben, zum politischen Fundamentalismus und zu Problemen im Zusammenleben verschiedener »Kulturen« (die keine homogenen Blöcke sind). Bei der Auseinandersetzung mit integrationspolitischen Fragen ist das interkulturelle Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten.

10. Kulturkampf-Parolen im Wahlkampf unterbinden

Dem Rassismus von Rechtsaußen im Wahlkampf muss eine Politik der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt entgegengesetzt werden. Das beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die politische Mitte. Jeglichen Wahlkampagnen auf dem Rücken von Zugewanderten ist daher eine deutliche Absage zu erteilen. Populistische Kulturkampf-Parolen verdecken reale Probleme und verstärken rassistische Ressentiments. Anstelle von religiös oder kulturell hergeleiteten Leitkultur-Parolen oder Anpassungsforderungen muss eine Orientierung auf soziale Integration und kulturelle Ausdifferenzierung gesetzt werden. Angesichts der vielfältigen sozialen und integrationspolitischen Anforderungen in Nordrhein-Westfalen ist eine Politik erforderlich, die sich den integrationspolitischen Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders offensiv stellt und jeglichem kulturalistischem Populismus eine Absage erteilt.

Köln und Düsseldorf, den 19.04.2009

InitiatorInnen des Appells
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen
Migrationsrat der Stadt Oberhausen
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf

UnterstützerInnen des Appells
Integrationsrat der Stadt Köln
Beirat für Zuwanderung und Integration der Stadt Duisburg
Integrationsrat der Stadt Dormagen
Integrationsrat der Stadt Leverkusen
Integrationsrat der Kreisstadt Unna
Integrationsrat der Stadt Eschweiler
Integrationsrat der Stadt Siegen
Ausländerbeirat der Stadt Dortmund
Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
Gewalt-Akademie Villigst
Düsseldorfer Appell / Respekt und Mut
Rat der Stadt Köln
DGB Region Köln
Verein EL-DE Haus, Köln
Jugendclub Courage Köln
Gedenkhalle und Bunkermuseum Stadt Oberhausen

Foto: Jörn Neumann/version-foto.de



Berlin
Der Beauftragte des Senats
für Integration und Migration



eine handreichung des apabiz e.v. und der mbr berlin | apabiz e.v. | lausitzerstr. 10, 10999 berlin | 030 . 611 62 49 | www.apabiz.de und www.mbr-berlin.de

diese handreichung wurde gefördert im rahmen des berliner landesprogramms gegen rechtsextremismus, rassismus und antisemitismus
2. aktualisierte Auflage, August 2011

Bestellung: mail@apabiz.de | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | alle rechte liegen bei den fotografInnen

Weiterführende Literatur

Allgemein

apabiz & **MBR** (Hg.): Berliner Zustände 2009. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus. Berlin 2010. Im Internet: www.apabiz.de und www.mbr-berlin.de
Mit dem Schwerpunkt »Antimuslimischer Rassismus«.

Attia, Iman: Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld 2009.

Bühl, Achim: Islamfeindschaft in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotype. Hamburg 2010.

Foroutan, Naika (Hg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland, Berlin 2010, http://www.heymat.hu-berlin.de

Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008

Häusler, Alexander: Rechtspopulismus in Gestalt einer »Bürgerbewegung«. Struktur und politische Methodik von pro NRW und pro Deutschland, Essen 2010, online unter: http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de/news/93_Expertise_ArbeitsstelleNeonazismus23032010.pdf

Müller, Jochen: Islamophobie und Antisemitismus. Kritische Anmerkungen zu einem fragwürdigen Vergleich, in: AAS »Die Juden sind Schuld«. Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus, Berlin 2008.

Sanders, Eike und Rona Torenz: Von der Teutophobie zur Deutschenfeindlichkeit. Ein kritischer Blick auf die aktuelle Debatte, in: monitor – Rundbrief des apabiz, Nr. 48, Dezember 2010.

Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2009.

Seidel, Eberhard und Sanem Kleff: Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration, Berlin 2009.

Shooman, Yasemin; »Deutschenfeindlichkeit« – Was soll das sein? Siehe: http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/deutschenfeindlichkeit-4956

Zu PRO Köln bzw. PRO NRW

Kostenloses Informationsmaterial zum download:
http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf

Überall, Frank: »Ich bin die Strafe.« Rechtspopulismus der »Pro-Bewegung« am Beispiel ihres Antragsverhalten im Kölner Stadtrat, Köln 2010.

Busch, Christoph: Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln. In: Kathrin Mok/ Michael Stahl (Hg.): Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation, Berlin 2010, S.67-86.

Zum antimuslimischen Weblog »PI-News«

Shooman, Yasemin: Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Jahrbuch 17 (2008). Berlin: Metropol, 2008.